

Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Zeitungs- oder deren Raum 30 Pfg., Veranlagungs-, Erbschafts- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 200.

Montag, den 27. August 1917.

24. Jahrg.

Wohnungsnot.

Von Paul Hirsch.

Der Erkenntnis, daß wir nach dem Kriege in einer Reihe von Städten und Industrieorten mit einem Mangel an Wohnungen, namentlich an Kleinwohnungen, zu rechnen haben, können sich auch die Regierungen nicht länger entziehen. Nachdem die preussische Regierung in der Würdigung dieser Tatsache schon vor Jahresfrist den Entwurf eines Wohnungsgesetzes in Verbindung mit dem Bürgschaftsicherungsgesetz eingebracht hat, hat jetzt das Reichsamt des Innern bei den Bundesregierungen eine Prüfung der Frage angeregt, durch welche Hilfsmaßnahmen die Erbauung neuer Wohngebäude in der Uebergangszeit gefördert werden kann.

Man wird dem Reichsamt des Innern darin beipflichten müssen, daß mit Rücksicht darauf, daß in der Uebergangszeit die Herstellungskosten für Wohngebäude noch sehr hoch und überdies die nötigen Hypothekengelder zu vorteilhaften Bedingungen kaum zu haben sein werden, nicht zu erwarten ist, daß die private Bautätigkeit den Wohnungsmangel ohne weiteres wird beheben können. Diese Ursachen mögen die Wohnungsnot für die Uebergangszeit, wenn auch nicht erschöpfend, erklären, aber sie geben keine Erklärung ab für die Wohnungsnot, die bereits vor dem Kriege in vielen Orten bestand und die heute einen solchen Umfang angenommen hat, daß wenn nicht durchgreifend geholfen wird, eine Katastrophe ganz unvermeidlich erscheint. Das völlige Darunterliegen der privaten Bautätigkeit in Verbindung mit der Abwanderung zahlreicher ihres Ernährers beraubten Familien von größeren in mittlere und von mittleren in kleine Wohnungen hat Zustände geschaffen, die auf die Dauer unerträglich sind. Kriegerfrauen, die ihre Wohnung gekündigt oder in geschäftlicher Unerfahrenheit die Kündigung des Wirtes angenommen haben, finden heute vielfach selbst dann keine passende Wohngelegenheit, wenn die Gemeinde einen Teil der Miete beisteuert; daß kinderreiche Kriegerfrauen von den Hauswirten aufgenommen werden, gehört überhaupt zu den Ausnahmen.

Die Unterlassungssünden der letzten Friedensjahre rächen sich bitter. Wären sich Reich, Staat und Gemeinden ihrer Pflicht bewußt gewesen, hätten sie ohne Rücksicht auf die Konkurrenz, die sie dadurch den privaten Hauseigentümern bereiten, sich den Bau gesunder und preiswerter Kleinwohnungen angelegen sein lassen, so hätte der Krieg wohl einen Mangel an Wohnungen und eine Preissteigerung herbeiführen können, aber die Katastrophe wäre nicht eingetreten.

Ueber die uns drohende Gefahr sind sich die Kenner der Verhältnisse einig. Von allen Seiten wird über steigenden Wohnungsmangel berichtet. Schon vor dem Kriege klagte ein bekannter Wohnungsreformer über die geradezu erschütternden Berichte über Wohnungsnot und Wohnungsmangel, die aus allen Teilen des Reichs, besonders aus den schnell wachsenden Industrieorten, kamen, und der Direktor der Breslauer Bauanstalt, dem eine Fülle von Erfahrungen zur Gebote stehen, hat kürzlich der Ansicht Ausdruck verliehen, daß, wenn man sich das Kriegsende in absehbarer Zeit vorstellt, nicht nur ein Wohnungsmangel, sondern ohne jetzt zu treffende Vorsorge eine unüberwindliche Verlegenheit eintreten wird, die notwendigerweise eine starke Mietssteigerung zur Folge haben muß und wird.

Soll es etwa wieder dahin kommen, wie nach 1870/71, wo am 1. Oktober 1871 allein in Berlin über 10 000 Familien, darunter zahlreiche Kriegerfamilien, obdachlos waren? Sollen unsere heimkehrenden Krieger mit ihren Familien dem furchtbarsten Wohnungselend mit all seinen gesundheitlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Folgen preisgegeben sein? Soll das der Dank des Vaterlandes sein?

Sind auch die Gesetzgebenden und die Verwaltungsvorgänger über die Wirkung eines solchen Zustandes klar, dann dürfen sie nicht länger untätig beiseite stehen, sondern dann ist es höchste Zeit, Hand ans Werk zu legen und die Sünden der Vergangenheit gutzumachen. Viel, allzuviel ist schon versäumt worden, höchste Eile tut not, um auch nur das Schlimmste abzuwenden.

Was bis jetzt an gesetzgeberischen Maßnahmen zu verzeichnen ist, ist herzlich wenig. Der Reichstag hat den Wohnungszufschuß mit der Regierung auf 10 Millionen Mark erhöht und beschlossen, daß daraus künftig zweijährliche Darlehen zur Anpflanzung von Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen gegeben werden sollen. Aber diese 10 Millionen Mark sind im Vergleich zu den Bedürfnissen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Kapitalabfindungsgesetz, das den Kriegsbeschädigten ermöglicht, ihr Kriegszulage und Verkümmelungszulage und das den Kriegerwitwen die Möglichkeit gibt, die Hälfte ihrer Rente zum Erwerb oder zur Festigung eigenen Grundbesitzes zu kapitalisieren, kommt hauptsächlich den ländlichen Kreisen und solchen Arten zugute, in denen die Grundstückspreise die Errichtung von Kleinhäusern gestatten. Die preussischen Gesetzentwürfe sind bisher noch nicht Gesetz geworden, das Abgeordnetenhaus hat sie zwar fertiggestellt, aber es fehlt noch die Zustimmung des Herrenhauses, und das Parlament hat noch nicht einmal mit den Kommissionsberatungen begonnen. Andere Bundesstaaten vollends haben, wenn man von kleinen Anlässen in Bayern und Sachsen abseht, während des Krieges überhaupt nichts zur Lösung der Wohnungsfrage getan, und noch weniger positive Maßnahmen sind auf dem Gebiete der lömmlichsten Wohnungsfürsorge zu verzeichnen.

Was soll nun geschehen? So notwendig es auch ist, eine großzügige Wohnungspolitik zu betreiben, so handelt es sich für den Augenblick darum, Maßnahmen zu ergreifen, die das Schlimmste verhüten. Von dieser Erwägung ausgehend, hat die preussische Regierung bereits mit ihrer früheren Praxis der Beschränkung der staatlichen Wohnungsfürsorge auf Staatsarbeiter und gering besoldete Beamte gebrochen, sie erklärt, daß eine solche Beschränkung nicht mehr der Bedeutung gerecht wird, die das Wohnungsproblem für die Gesundheit der Nation nach den schweren Verlusten des Krieges gewonnen hat. Es muß, wie es in der Begründung zum Wohnungsgesetzentwurf heißt, jetzt alles daran gesetzt werden, daß unser Volk die ungeheure Einbuße an Kräften möglichst rasch wieder weit macht. Der Staat will daher die unmittlere Fürsorge für das Kleinwohnungsproblem als seine Aufgabe anerkennen und für sie Mittel bereitstellen.

Das erscheint uns in der Tat, man mag sonst an dem preussischen Wohnungsgesetzentwurf soviel aussetzen haben wie man will, der einzige Weg, der augenblicklich beschritten werden kann und der zum Ziele führt. Unsere weitergehenden Forderungen werden wir naturgemäß ebensowenig wie irgend eine andere Partei zurückstellen, aber das vorläufig Erreichbare, weil es uns nicht weit genug geht, von der Hand zu weisen, wäre ein verhängnisvoller Fehler. Reich, Staaten und Gemeinden müssen das Wohnungsbedürfnis befriedigen, weil die private Bautätigkeit dazu nicht imstande ist. Ob sie selbst bauen, ob sie gemeinnützige Bauvereinigungen oder Gewerkschaften unterstützen, ist von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache ist, daß etwas Positives geschieht, daß die Wohnungsproduktion gefördert wird und daß Mietssteigerungen nach Möglichkeit hintangehalten werden. Bei der Vermietung ist in erster Linie auf die Kriegerfamilien Rücksicht zu nehmen, und unter ihnen sind wiederum die Kinderreichen zu bevorzugen.

Nur Mangel an Mitteln kann und darf die Wohnungsfrage nicht scheitern. Was die Gesamtheit den heimkehrenden Kriegsteilnehmern schuldet, was die Rücksicht auf die Gesundheit der Nation zu tun gebietet, das muß geschehen, und es darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Auch in Lübeck herrscht heute für die kleinen Leute bereits eine Wohnungsnot. Wie soll das nun erst nach Beendigung des Krieges werden? Es ist höchste, ja allerhöchste Zeit, daß die maßgebenden Stellen in Lübeck, wie es die sozialdemokratische Bürgerfraktion wiederholt gefordert hat, endlich gesetzgeberische Maßnahmen vorschlagen, die der Wohnungsnot steuern. Ein längeres Zögern könnte sich außerordentlich bitter rächen.

Parlamentarisierung und preussische Wahlreform im Hauptausblick.

Vor Beginn der Sitzung am Sonnabend teilte der Vorsitzende mit, daß vom WTB eine Zuschrift eingegangen sei. Hierin wurde sich das Unternehmen gegen den Vorwurf, daß es Berichte ins Ausland geschickt habe, die einseitig nach den Wünschen der Lübecker zurechtgeschnitten seien. Von derartigen Behauptungen sei das Bureau völlig entfernt und habe auch in dem angeführten Falle keinen derartigen Fehler begangen.

Hierauf legte der Reichsanwalt dar, nach welchen Gesichtspunkten er die neue Reichsregierung zusammengekehrt habe. Für ihn sei die Ueberzeugung maßgebend gewesen, daß es nützlich und notwendig sei, zwischen den großen Parteien des Reichstages und der Reichsleitung eine engere Fühlung herzustellen. Er sei daher bestrebt, in diesem Sinne alles zu tun, was getan werden könne, ohne daß der bundesstaatliche und konstitutionelle Charakter des Reiches geändert werde. Er habe sich bemüht, an die leidenden Stellen Männer zu setzen, die das Vertrauen der großen Parteien haben. So sei an die Spitze des Reichsjustizamtes ein parlamentarier getreten, der sich seit längerer Zeit des allgemeinen Vertrauens im Parlament erfreute und der liberalen Partei angehöre. In der Kriegsernährungsamt sei ein Herr berufen worden, der Mitglied der Sozialdemokratie sei. In das Reichsjustizamtsamt sei ein Mitglied der nationalliberalen Fraktion eingetreten; das preussische Justizministerium sei einem Mitgliede des Zentrums anvertraut worden. Die enge Fühlung mit dem Reichstage solle aber noch durch eine andere Einrichtung erreicht werden, die zwar noch nicht die Zustimmung des Bundesrats gefunden habe, jedoch nach den Vorbesprechungen mit den stimmberechtigten Mitgliedern des Bundesrats in diesen Kreisen gut aufgenommen werde. Es solle eine freie Kommission bei der Reichsanleiher gebildet werden. Diese habe zunächst die besondere Aufgabe, die Antwort auf die Friedensnote des Papstes vorzubereiten. In diese Kommission sollen Zentrum und Sozialdemokraten je zwei Mitglieder, die Nationalliberalen, Konservativen und Fortschrittler je ein Mitglied entsenden, sodas diese Körperschaft aus sieben Mitgliedern des Reichstages besteht, zu welchen sieben Mitglieder des Bundesrats hinzutreten werden. Der Reichsanleiher solle den Vorsitz haben. Die Mitglieder der freien Kommission seien nicht als Vertreter der Regierungen oder der Parteien, sondern als Privatpersonen in dieser Körperschaft, als Staatsmänner, die eine weitgehende Erfahrung in politischen Angelegenheiten haben und diese der Reichsanleiher nutzbar machen wollen. Es soll hiermit der Versuch eines Zusammenarbeitens gemacht werden. Die Erfahrung werde zeigen, ob auf diese Weise das politische Leben befruchtet werden könne. Er hoffe, daß die Erfahrungen günstig seien und dieses Zusammenarbeiten unserm Vaterland dienen werde. Zugleich werde die Gefahr vermindert, daß

durch die neue Einrichtung die Befugnisse des Bundesrats oder des Reichstages eingeschränkt werden. Bereits am nächsten Dienstag werde die freie Kommission ihre erste Sitzung abhalten. Unsere Verfassungsverhältnisse seien jetzt in Fluss; eine Weiterentwicklung sei unvermeidlich. Aber hier dürften die Änderungen nicht überhastet werden. So schlecht seien unsere Verfassungszustände nicht, daß wir uns während des Krieges noch mit Verfassungskämpfen belasten sollten. Er habe inzwischen die Arbeitslast übersehen können, die ihm als Reichsanleiher und preussischer Ministerpräsident obliegt. Eine besondere Arbeit werde der preussischen Regierung jetzt bereit durch die bevorstehende Verringerung des preussischen Wahlrechts. Ihm sei nachgefragt worden, daß er die Angelegenheit verschleppen wolle; daran denke er durchaus nicht; im Gegenteil werde er sich an den Vorbereitungen dieses Werkes beteiligen. Der Entwurf soll je zeitig vorgelegt werden, daß das Wort des Königs in vollem Umfange erfüllt wird. Auch im Reich sei die Arbeitslast durch den Krieg aufs Äußerste gesteigert worden. Aus diesem Grunde habe er sich genötigt gesehen, in bezug auf die Reichsämter die bekannten Verringerungen vorzuschlagen. Im nächsten Monat werde der Reichstag bei seinem Zusammentritt die entsprechenden Vorlagen bekommen. Er bitte, die Forderungen der Regierung wohlwollend entgegenzunehmen und das Notwendige zu bewilligen.

v. Bajer (Sp.): Das Programm der Mehrheitspartei fordere ebenso, wie der Herr Reichsanleiher ausgesprochen habe, eine engere Fühlung zwischen den Mehrheitspartei und der Regierung. Der Reichsanleiher habe, wie das Mädchen aus der Fremde, jedem eine Gabe dargebracht; aber zufrieden sei mit der Art und Weise, wie die Reichsleitung jetzt zusammengestellt sei, wohl niemand. Klarheit habe der Reichsanleiher darüber geschaffen, daß er nicht daran denke, die Verringerung des preussischen Wahlrechts zu verschleppen. Nur sei es unangenehm, daß der Reichsanleiher sich nicht bestimmter über den Termin ausgesprochen habe, bis zu dem die Wahlrechtsvorlage an das Abgeordnetenhaus gelangen werde. Der Reichsanleiher möge seine ganze Laibkraft einsehen, damit die Reform möglichst bald erfolge. Von den neuen Herren in der Reichsleitung hätten sich einige in politischen Angelegenheiten noch gar nicht betätigt. Man könne in der Leitung der Reichsämter, die jetzt vorgeschlagen werde, eine weitere Verbundung der Verhältnisse erblicken. Die Art und Weise, wie die neue Regierung gebildet worden sei, entspreche durchaus nicht dem, was die Mehrheit erwartet habe. Die Mehrheit verlangte einen Einfluß auf die Zusammenstellung und die Politik der neuen Regierung. Dieses müßte erreicht werden, ohne das Ernennungsrecht der Krone zu berühren. Die maßgebenden Parteien hätten über die Veränderungen gehört werden müssen. Diese Unterlassung sei ein schwerer Fehler. Ebenso sei bedauerlich, daß zwischen den neuen Regierungsherren und den Mehrheitspartei bisher keine enge Fühlung bestanden habe. Geradezu wie ein Scherz müße es an, daß die Herren aus dem Reichstage nicht in der Reichsleitung, sondern in Preußen beschäftigt würden, und die Herren aus Preußen hinübergeworfen seien in die Reichsleitung. Dieses habe aber die ernste Folge, daß dadurch wiederum die persönlichen Beziehungen zwischen den Herren in der Reichsleitung und den Parteien im Reichstage darunter leiden. Hier im Reichstage hätten die jetzt ausgeschiedenen Herren sich als wertvolle Mitarbeiter betätigt; jetzt müßte der Reichstag sie entbehren. Ob sie sich aber in der neuen Stellung nützlich erweisen werden, ist noch zweifelhaft. Im Artikel 9 der Verfassung sei vorgeschrieben, daß niemand gleichzeitig Mitglied des Bundesrates und des Reichstages sein darf. Dieser Artikel müßte gestrichen werden, damit diejenigen Herren, die aus den politischen Parteien in die Reichsleitung berufen werden, nach wie vor Mitglied des Reichstages und ihrer Fraktion sein können. Für die freie Kommission könne man dem Reichsanleiher dankbar sein. Solange wir noch nicht die parlamentarische Regierung erreicht haben, begrüße keine Partei alles, was die Beziehungen zwischen Reichstag und Reichsleitung zu verhindern geeignet ist. Von einer Ueberstützung bei Durchführung der parlamentarischen Regierung könne gar keine Rede sein; das deutsche Volk habe sich vielmehr viel zu lange in die jetzigen Verhältnisse gefügt. Namentlich aber während des Krieges hätten wir Veranlassung, recht trau und gründlich alles zu tun, was den berechtigten Freiheitsforderungen des Volkes entspricht. Was jetzt geschehe, sei ganz ungenügend. Die Hauptsache sei jetzt praktische Arbeit. Seine Partei werde daher mit Eifer und Hingebung in der freien Kommission mitarbeiten. Der Verfassungsaussschuß sollte sich mit der Frage der Ernennung von Abgeordneten der Mehrheitspartei zu Staatssekretären ohne Parteizugehörigkeit als Vorbehalt bis zur Einbringung der parlamentarischen Regierung recht bald befassen, damit auch das Plenum möglichst bald dazu Stellung nehmen könne.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Krone habe das deutsche Volk mit der neuen Regierung beglückt, wie ein guter Familienvater seine Lieben am Weihnachtsabend bedauert. Der Reichsanleiher habe uns auseinandergelegt, was er mit der Verringerung der Regierung gewinnhaft habe. Es frage sich aber, ob durch die neue Regierung auch die Wünsche des deutschen Volkes erfüllt seien. Ruhe, Sicherheit und Vertrauen im eigenen Lande seien durch die neue Regierung nicht erreicht worden. Wenn es sich darum handle, einen Generalsabscheß für die Armee draußen zu beschaffen, dann würde nur ein Mann dazu ausgewählt werden, der Erfahrung in der militärischen Strategie besitzt. Für die Heimatsarmee aber habe man als leitenden Mann einen Herrn ausgesucht, der in der politischen Strategie noch keine Erfahrung habe. Aber auch hier seien gewisse Beziehungen und Kenntnisse durchaus notwendig und deshalb hätte man hierauf auch Rücksicht nehmen müssen. Im allgemeinen neige wohl die neue Regierung nach der konservativen Seite. Hier und dort seien einige andere Herren eingefügt. Eine Gleichartigkeit in der Regierung bestehe also nicht, und doch sei Gleichartigkeit notwendig, um Regierung und Mitarbeiter zu vermeiden. Die Ausführungen des Reichsanleiher haben dadurch eine Ueberhöhung gebracht, daß der Kanzler mitteilt, der Kommission sollten nicht nur sieben Reichstagsmitglieder, sondern auch sieben Bundesratsmitglieder angehören. Ob diese Zusammenstellung zweckmäßig sei, sei sehr zweifelhaft. Es bestehe doch schon ein Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten im Bundesrat, mithin bestünden zwei Ausschüsse nebeneinander. Geradezu unmöglich sei der Plan des Reichsanleiher, daß die Mitglieder der freien Kommission nicht als Vertreter ihrer Partei dieser

Wien, 25. August. (Amtlich.)
Oesterlicher Kriegsjahresplan.
In mehreren Abschnitten lebte der Artilleriekampf auf. Bei Brodn wurden russische Aufklärungsabteilungen zurückgetrieben.

Italienischer Kriegsjahresplan.
Auf der Karst-Hochfläche und bei Görz verlief der gestrige Tag, abgesehen von erfolglosen italienischen Vorstößen bei Korit, verhältnismäßig ruhig. Italienische Angriffe richteten sich vor allem gegen den Monte San Gabriele. Die Brigade Palermo ließ zusammen mit anderen italienischen Truppenteilen an den Hängen ungezählte Kämpfer tot und verwundet liegen, ohne daß sie es erreichte, die Widerstandskraft der braven Verteidiger zu erschüttern. Auf der Hochfläche von Bainsizza-Heilige Geist richteten wir, der durch die Kämpfe bei Bainsizza-Heilige Geist trug, unsere Verteidigung in einer neuen Linie ein. Der Feind griff gestern in mehreren Abschnitten nach heftiger Artillerievorbereitung alle von uns geräumten Stellungen an und ließ, von unseren Batterien gründlich beschossen, bei seinem Vorgehen ins Leere. Erst gegen Abend wurde an einzelnen Punkten die Gefechtsführung wieder aufgenommen. Die Zahl der seit Beginn der Schlacht bis zum 23. August eingebrachten Gefangenen beträgt 250 Offiziere und 8000 Mann. Die Fliegererfolge sind auch in der 11. Monats-Schlacht außerordentlich rege. Durch englische und französische Hilfe sind die italienischen Flieger allwärts in der Lage, wider die ungenutzten in mehrfacher Überlegenheit aufzutreten. Durch tüchtigen Angriffsgeschick, durch opferwilliges Drauflosgehen nahen unsere Flieger in der Aufklärung und im Kampfe bei jeder Gelegenheit weit, was ihnen an Zahl abgeht. Wir haben vom 18. bis 23. August zwölf feindliche Flieger abgeschossen, sechs davon entfallen auf die Jagdflieger des Hauptmanns Bronowski, der aus seinem 18. Luftkampf als Sieger hervorging. Unser Verlust belief sich in dieser Zeit auf ein Flugzeug.

Balkan-Kriegsjahresplan.
Unverändert.

Wien, 26. August. (Amtlich.)
Oesterlicher Kriegsjahresplan.
Das lebhaftere Artilleriefeld in den Front-Räumen der Generalobersten Erzherzog Josef und von Boehm-Ermolt hält an. Keine besondere Kampfhandlung.

Italienischer Kriegsjahresplan.
Auf der Karst-Hochfläche verlief auch der gestrige Tag ohne größere Infanteriegefechte. Unmittelbar südlich des Wippach-ales schlugen wir einen Nachtangriff ab. Bei Viglia scheiterten schwächere italienische Vorstöße.
Zu den Kämpfen entwickelten sich neuerdings im Gebiete des Monte San Gabriele. Dank der Tapferkeit der Verteidiger, unter denen neben den Grazer Jägern die Südbatallion vom Regiment Nr. 87 und ungarische Landsturmabteilungen besondere Erwähnung verdienen, drang der Feind trotz großer blutiger Opfer nirgends durch.
Der von uns in der Nacht zum 24. kampflos geräumte Monte Santo wurde von den Italienern besetzt. Auf der Hochfläche von Bainsizza-Heilige Geist und östlich von Uzza kam es zu mehrfachen Zusammenstößen.
An der Rätter und der Tiroler Front nichts von Belang.

Balkan-Kriegsjahresplan.
Unverändert.

Frankreich und Belgien.

Der belgische König zur Papstnote.
In seiner Empfangsbestätigung der päpstlichen Rundgebung dankt der belgische König dem Papst für sein besonderes Interesse an dem belgischen Volke, das vom Kriege so ungerecht und grausam getroffen sei. Die Regierung werde die päpstlichen Vorschläge mit besonderem Wohlwollen prüfen.

Für den Frieden.

Die östlichen Sozialisten pazifistischer Richtung rufen in ihrem Organ „De Nieuwe Tijd“ die belgische Arbeitererschaft dazu auf, in eine kräftige Friedensbewegung einzutreten. Gegen die Mehrheit der Landesparteileitung wird der Vorwurf erhoben, sie verleugne die Grundsätze des Sozialismus, indem sie in der Arbeitererschaft die Friedensbestrebungen unterdrücke und für einen Krieg bis zum bitteren Ende einträte und die Teilnahme an der Besprechung in Stockholm ablehne. Der Aufruf wendet sich nach nachdrücklich gegen die Verdächtigung, daß es sich bei der Bewegung für den Frieden um ein deutsches Manöver handle.

Im französischen Ministerium

soll die Amtsmüdigkeit stark grassieren. Wie Pariser Sozialistenkreise wissen wollen, soll auch Ribot von dieser Krankheit befallen sein.

Rußland.

Im Konflikt mit Kerenski

befindet sich sein Unterkriegsminister Saminkow wegen militärischer und politischer Angelegenheiten. Aus diesem Grunde hat S. sein Entlassungsgesuch eingereicht.

Die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung sind von der Regierung abermals um 2 Wochen verschoben worden, was von der Linken mit großer Unruhe aufgenommen wird. Die gegenrevolutionären Kräfte gewinnen dadurch immer mehr Zeit für ihre unheilvolle Tätigkeit.

Nach einer heute morgen eingegangenen Meldung soll die Nationalversammlung nunmehr auf den 11. Dezember einberufen werden.

Der Kongress in Moskau,

über dessen Zweck immer noch keine Klarheit herrscht, wird von der äußersten Linken wahrscheinlich boykottiert werden. Das würde eine weitere Verstärkung des Klassenkampfes bedeuten. Die Ukrainer lehnen die Teilnahme am Kongress ab.

Wie Kerenski „Nruhe“ schafft.

Die „Times“ meldet aus Petersburg: Die Regierung hat nun fast alle Leiter der gegen sie gerichteten maximalistischen Bewegung gefangen gesetzt. Einzelne jedoch, die nach Finnland geflüchtet waren, waren bisher nicht aufzufinden. Nur diejenigen, die an der Opposition gegen die Regierung teilgenommen haben, sollen gerichtlich verfolgt werden. Alle anderen werden bis nach dem Kriege interniert. Auch alle Soldaten, die sich weigern, Dienst zu tun, sollen nach Internierungslagern gebracht werden.

Die russischen Soldaterräte

bei den Regimentern sollen nach einer „Times“-Meldung aus Petersburg im Auftrage Kerenskis aufgehoben sein. Alle Deserteure der Soldaten sollen unmittelbar bei den Regimentern

verpflichtet sei, daß diese wichtige Verrichtung vorgenommen werden soll, ohne daß das Plenum des Reichstags Gelegenheit hat, dazu Stellung zu nehmen. Im ganzen müsse er erklären, daß zwar der jetzige Zustand in jeder Beziehung schädlich für das deutsche Volk sei, aber nicht durch die vorgelegenen Maßnahmen, sondern nur durch das parlamentarische Regierungssystem geändert werden könne.

Graf v. Westarp (Kons.): Es lag kein Grund vor, diese Debatte schon heute herbeizuführen; das hätte im nächsten Monat abgesehen werden können, wenn die Vorlage zur Änderung der Reichsverfassung dem Reichstag zugehen wird. Die Auswahl der Minister sei das alleinige Recht des Kaisers; daran dürfe nicht gerüttelt werden. Mit diesem Recht sei aber unvereinbar, was jetzt gefordert wird: daß die Mehrheitsparteien vor der Ernennung der Minister gehört werden. Ueber die neuen Männer wird keine Partei erst dann urteilen, wenn ihre Taten vorliegen. Feststellen aber möchte er gegenüber der Bemerkung des Abg. David, daß die neue Leitung im allgemeinen konservativ sei; keiner der neuen Herren sei als Alltagsmann der konservativen Partei berufen worden. Seine Partei sei dagegen, daß der Artikel 9 der Verfassung aufgehoben wird. Ebenso müsse er die Forderung bekämpfen, daß die Reichsleitung in eine kollegiale Behörde umgewandelt werden soll. Seine Partei müsse auch jeder Einräumung widersprechen, durch die der Reichstag auf jede Einräumung der Durchführung der Gesetze ausüben will. Das komme nicht dem Reichstag zu. Deshalb halte er die Konstitution, die der Reichstanzler vorgeschlagen habe, als die einzig mögliche und nützliche. Eine Gefahr aber bestehe: die Mitglieder der Mehrheitsparteien könnten auch dort versuchen, dem Reichstanzler gegenüber ihren Willen in maßgebender Weise kundzutun und durch politische Aktionen unterstützen. Er hoffe, daß der Reichstanzler auch hier die Führung übernehmen und eine selbständige Stellung behaupten werde.

Abg. Warmuth (Dt. Partei) ist mit allem, was von der Regierung gefordert ist, herzlich einverstanden. Er wünscht nur, daß auch seine Partei eine Vertretung in der neuen Kommission bekomme.

Damit ist die Erörterung über diese Angelegenheit beendet. — Montag vormittag 10 Uhr sollen die weiteren Fragen der inneren Politik besprochen werden.

Die Kriegslage.

Die Generaloffensive der Entente ermatete am 25. August an der Westfront und im Osten. Nur an der italienischen Front waren die Kämpfe abermals äußerst heftig.

An der flandrischen Front ging in den frühen Morgenstunden nach wechselvollen Kämpfen ein kleiner vorgeschobener Posten südlich Combarigbe verloren. Gegen 11 Uhr abends versuchten feindliche Stababteilungen den am Morgen erzwungenen Vorteil auszubauen und zu vergrößern. Sie wurden jedoch abgewiesen und im Nachstoß der Posten fast wieder von uns besetzt.

An der Artois-Front haben die Kanadier ihre erfolglosen, verlustreichen Angriffe eingestellt. Eine große Menge von gefallenen Kanadiern liegt vor unseren Stellungen.

Wie am Vormittag flatterte die Kampfaktivität im Raume von St. Quentin an verschiedenen Stellen zu größerer Lebhaftigkeit auf. Seit Mittag lag planmäßiges Zerstörungsfeuer auf der Malakoff-Ferme und südlich davon. Gegen Abend ging es mit besonderer Wucht auf unsere neugewonnenen Stellungen bei der Guilleumont-Ferme über. Hier hatten wir schon vormittags einen feindlichen Gegenangriff, zum Teil im Nahkampf, abgewiesen.

9 Uhr abends erfolgte an dieser Stelle ein erneuter starker feindlicher Teilangriff. Die hitzigen und herwogenden erbitterten Kämpfe hielten die ganze Nacht an. Der Feind erlitt schwere Verluste. Seit den frühen Morgenstunden liegt schweres Feuer auf unseren Gräben bei der Malakoff- und Cologne-Ferme.

An der Nacht wurde St. Quentin heftig mit Brandgranaten beschossen. 15 Gebäude, darunter das Nonnenkloster, sind abgebrannt. Während das feindliche Artilleriefeld auf dem westlichen Maas-Ufer ermatete, wüthete es auf dem Ostufer in verschiedenen Abschnitten mit alter Heftigkeit. Von nachmittags an bis in die Nacht hinein lag schweres Feuer aller Kaliber auf unseren Stellungen von südwestlich Beaumont bis zum Chaume-Walde. Mit dem grauenhaften Tage steigerte es sich zu größter Heftigkeit. Bei dem gemeldeten französischen Vorstoß von der Höhe 344 nach Norden erlitten die Franzosen besonders im deutschen Abwehrfeuer schwere Verluste.

Die Darstellung des französischen Heeresberichts vom 24. August, wonach die Franzosen in einem einzigen Anlauf die gewaltig besetzte Höhe 304 nahmen, ist irreführend. Die Höhe 304 war seit nahezu drei Tagen planmäßig geräumt.

An der Ostfront außer vorübergehenden Feuerüberfällen und einzelnen Patrouillenunternehmungen keine besonderen Ereignisse.

Die Heeresberichte.

W. G. Großes Hauptquartier, 26. Aug. (Amtlich.)

Oesterlicher Kriegsjahresplan.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Flandern ersuchte der Generalstabschef nur in einzelnen Abschnitten größere Stärke. An mehreren Stellen scheiterten englische Entlastungsversuche.

In Belgien unserer Stellungen westlich von De Catelet kam es zu lebhaftem Kampf der Artillerie und Infanteriegefechten an die in unserer Positionen liegenden Gebiete.

St. Quentin lag wieder unter französischem Feuer, das neue Brände hervorrief.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Längs der Aisne lebte mehrfach das Feuer auf. Nach heftiger Artillerieaktion südlich von Barygnon in nördliche Gräben eingebrachte französische Abteilungen wurden durch schnellen Gegenstoß geworfen.

Auf dem Westufer der Maas blieb die Gefechtsaktivität geringer als in den letzten Tagen.

Dagegen war der Artilleriekampf östlich des Flusses wieder sehr heftig. Erneut trafen feindliche Kräfte von der Höhe 344 (östlich von Comagnon) nach Norden vor; sie wurden durch Feuer und in Richtung abgewiesen.

Seit morgen haben sich bei Beaumont Kämpfe entwickelt.

Oesterlicher Kriegsjahresplan.

Bei Danzig, Baranowitsch, Tarnopol und am Zbrucj sowie in mehreren Abschnitten der Karpaten-Front rege Feueraktivität und keine Postenwechsel.

Rogedonische Front.

Südlich von Rosawitz war eine gewaltige Entladung für uns erkennbar, nordwärts des Drajna-See unter die bulgarischen Stützpunkte wurde englische Streifenartillerie geschickt.

Der Erste Generalquartiermeister: Suberhoff.

...haben sich angehört. Sie seien aber in der Tat Vertreter ihrer Partei, seien ihrer Partei verantwortlich und könnten natürlich in der Kommission nur als Vertreter ihrer Partei tätig sein. Die neue Einrichtung bedeute nicht die Erfüllung dessen, was seine Partei verlange; vielmehr müsse der Zwiespalt zwischen Gesetzgebung und Reichsleitung in dem Sinne durchgefallen werden. Die Abgeordneten müßten die Möglichkeit haben, die Regierung laufend zu kontrollieren und dafür zu sorgen, daß die Reichsleitung in dem Sinne durchgeführt werde, wie es die Reichstagsmehrheit verlange. Daher sei der einzige Ausweg die parlamentarische Regierung, bei der die leitenden Stellen im Reich besetzt werden durch die Mehrheitsparteien, und die leitenden Herren nach wie vor Mitglieder der Mehrheitsparteien bleiben. Auf diese Weise wird der Gegensatz zwischen der Volksmehrheit und der Regierung aufgehoben; die Regierung ist nicht mehr eine Beamtenregierung, sondern eine Volksregierung. Eine solche ist unvermeidlich für jedes aufgeklärte Volk, und das deutsche Volk werde eine andere Regierung auf die Dauer nicht ertragen. Das deutsche Volk sei auch bereits wiederholt auf dem Wege zu dieser parlamentarischen Regierung gewesen und nur durch den Einfluß des russischen Jaren sei die Entwicklung gestört worden. Das zarische Regiment in Rußland sei beseitigt worden. Jetzt steht unsere Beamtenregierung noch allein in der Welt da; auch sie müsse verschwinden. Der Reichstag hat eine entscheidende Macht, wenn im Reichstage eine arbeitsfähige Mehrheit vorhanden ist, die weiß, was sie will und die entschlossen ist, auch ihren Willen durchzuführen. Diese Macht muß zur Geltung kommen durch die parlamentarische Regierung. Je früher wir dieses Ziel erreichen, umso besser ist es für unser Vaterland. Solange wir dies aber noch nicht erreicht haben, müssen wir uns mit Uebergangseinrichtungen begnügen. Uebereinstimmende Uebergangseinrichtung kommt zunächst in Betracht, die Herabsetzung von leitenden Staatsmännern die Mehrheitsparteien des Reichstags gehört werden. In bezug auf die Teilung des Reichsamts des Innern und die Einrichtung des Vizekanzlers hätten wir noch manche Bedenken. Wenn einzelne Parlamentarier in die Reichsleitung berufen werden und dann gemäß der jetzigen Bestimmung der Reichsverfassung aus ihrer Befugnis ausgeschlossen sind, sind sie nur vereinzelt Konzeptions-Schulzen ohne wirkliche Bedeutung. Wir müssen unbedingt dazu kommen, daß diejenigen Abgeordneten, die in die Reichsleitung eintreten, dem Parlament erhalten bleiben. Deshalb sei auch keine Partei dafür, die Bestimmung des Artikels 9 der Verfassung zu streichen. Der Krieg sei eine große Belastungsprobe für unser Volk gewesen. Es habe sich vorzüglich bewährt; aber die Regierungsmehrheit habe sich nicht bewährt, und deshalb müsse sie geändert werden. Die Mehrheit muß entscheiden und die Regierung muß den Willen der Mehrheit durchführen.

Erzberger: Grundätzlich sei auch seine Partei mit dem Reichstanzler einverstanden. Seine Partei hätte der Freien Kommission nur als einer vorübergehenden Erscheinung zu. Für die Verrückung unserer Verfassung sei eine ganze Reihe Fragen schon vor dem Kriege spruchreif gewesen; hier müsse endlich eingegriffen werden. Ueber die neuen Männer wolle er sich nicht aussprechen; er müsse aber feststellen, daß es sehr unangenehm empfunden werde, wie Herr v. Bartsch abgelehnt worden sei, obgleich er dem Vaterlande große Dienste geleistet habe. Auch daß der Vertreter der christlichen Arbeiter, Siegerwald, so lang- und langlos verschwunden sei, werde in seinen Parteifreien sehr bedauert; gerade er habe eifrig im Kriegsernährungsamt mitgearbeitet. Dann führte Redner Bedenken darüber, daß seine Partei bei der Besetzung der Reichsstellen garnicht berücksichtigt sei. Daß der frühere Reichstagsabg. Spahn ins preussische Justizministerium gekommen sei, begrüße er zwar, doch genüge das seiner Partei durchaus nicht. Besonders erfreulich sei die Erklärung des Reichstanzlers, daß die Reform des preussischen Wahlrechts nicht verschleppt werden solle. Er könne nur erklären, daß jedes Hinschieben dieser unbedingt nötigen Reform äußerst zu beklagen wäre.

Stieglitz (Nat.): Auch er sei der Meinung, daß die bisherige Form der Reichsleitung uns nicht vor schweren Reibungen bewahrt haben. Daher muß ein Zusammenhang geschaffen werden zwischen der Reichsleitung und dem Reichstage. Die parlamentarischen Regierungssysteme des Auslandes hätten sehr schwere Belastungsproben in einer Weise ertragen, wie es für uns unmöglich gefallen habe. Er sei überzeugt, daß wir bald dazu kommen würden, während des Krieges aus allen Parteien parlamentarische Staatssekretäre zu berufen.

Der Reichstanzler sprach seine Freude darüber aus, daß sich ähnliche Redner bereit erklärt haben, bei der Fortführung dieses Systems mitzuwirken. Vieles, was bei Behandlung der politischen Fragen vorgebracht werden müsse, solle nur in ganz enger Kreise behandelt werden. Aus diesem Grunde sei er auf den Gedanken der neuen Freien Kommission gekommen. Das Wesentliche daran sei, daß ein Zusammenarbeiten im engsten Kreise ermöglicht wird. Als Mitglieder dieser Freien Kommission werden selbstverständlich maßgebende Herren der einzelnen Parteien berufen. Sie bleiben auch bei ihrer Tätigkeit in dieser Kommission dieselben, die sie bisher waren, also Mitglieder ihrer Partei, und werden auch in dem neuen Aussehen als solche wirken. Darin liegt gerade ein besonderer Wert dieser Einrichtung. Denn wenn in der Freien Kommission eine Berufung erreicht wird, so könne man doch auch damit rechnen, daß die Herren in ihrer Partei dafür eintreten werden. Die Erfahrung wird zeigen, was an dieser neuen Einrichtung gut und was zu ändern ist. Der Kanzler erwartet die nötigen Verbesserungen von den Erfahrungen, die in der nächsten Zeit gemacht werden. Daß er den früheren Abg. Spahn zum preussischen Justizminister berufen hat, habe keinen guten Grund; denn die besondere Aufgabe dieser Stelle, die Führung für die vielen Beamten, die Tätigkeit auf dem Gebiete der Rechtspflege usw. liege es besonders würdigenwert erscheinen, daß ein Mann wie Herr Spahn an diese Stelle trete, der ein Menschenleben lang Beamter gewesen und hier bis zur höchsten Stelle gelangt sei. Einen Fehler habe er sich mit der Ernennung des Herrn Spahn zum Minister gewiß nicht machen wollen, dazu habe er in seiner jetzigen Stellung weder Veranlassung noch Reizung.

Abg. Ledebour (U. S.) hielt fest, daß das, was jetzt als Ziel für die Umgestaltung in den Regierungsverhältnissen aufgestellt worden sei, grundätzlich dem entspricht, was er seit jeher eingetretten sei; jedoch könne er sich durchaus nicht einverstanden erklären mit dem, was tatsächlich durchgeführt worden ist. Ganz besonderen Einspruch müsse er erheben dagegen, daß der Reichstanzler den früheren Abg. Spahn deshalb besonders geeignet als preussischen Justizminister bezeichnet hat, weil Herr Spahn solange Beamter gewesen sei. Dies zeige, daß nicht die Eigenschaften als parlamentarischer Vertrauensmann seiner Partei, sondern seine Beamten-Eigenheit der entscheidende Grund für die Berufung ins Ministerium gewesen sei. Das Entscheidende beim parlamentarischen Regierungssystem sei, daß die Regierung nur ein Vollmangelsausfluß des Parlaments sei. In einer parlamentarischen Regierung sei notwendig, daß im Reichstag die Regierung wüth, was sie wolle, und einschließen in, dafür einstehen. Aus der parlamentarischen Mehrheit müsse ein Mann beantragt werden, eine Regierung zu bilden, die die Politik der Mehrheit durchführt. Der neue Kanzler aber hat bis jetzt überhaupt kein Programm vorgelegt. Es genügt nicht, die Bestimmung der Verfassung anzugeben, nach der niemand gleichzeitig Mitglied des Bundesrats und des Reichstags sein kann; vielmehr müsse der Bundesrat als bureaukratische Regierungsbehörde angesehen und zu einem parlamentarischen Oberhaus gemacht werden. Endlich sei auch nötig der Versuch mit der neuen Freien Kommission. Welche Bedeutung diese Kommission haben soll, wäre noch nicht klar. Sollten ihre Beschlüsse für die Reichsleitung entscheidend sein oder soll die Kommission der Reichsleitung nur Rat geben dürfen? Diese neue Einrichtung ist nichts als Spekulanz, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Es kann nur schaden, wenn sie besetzt werden bliebe. Die Mitglieder der Kommission werden nicht Vertrauensmänner ihrer Partei sein und nicht die Regierung kontrollieren, sondern ausschließlich Vertrauensmänner der Regierung werden und ihre Partei nach den Wünschen der Regierung behandeln. Das besonders die

Kommandanten angebracht werden, die sie durch einen besonderen Rat entscheiden lassen sollen. Die Soldaten haben das Recht, gegen beratige Entscheidungen beim Kriegsministerium Berufung einzulegen. — Von den Erzeugnissen der Revolution verjähret Stück um Stück!

Der finnische Landtag.

Das finnische Blatt „Tymenes“ teilt mit, daß der Präsident Mannen den finnischen Landtag zum 29. August zur Wiederaufnahme der vor drei Wochen auf Befehl der russischen Regierung eingestellten Sitzungen einberufen habe. Die russische Regierung hatte bekanntlich die Tagung des Landtages bis zur Veranstellung von Neuwahlen verboten. Die jetzige Einberufung bedeutet also eine Auflehnung gegen die russische Regierung.

Weitere 100 Millionen Dollar

haben die Vereinigten Staaten Rußland gepumpt. Insgesamt hat Rußland nun 275 Millionen Dollar aus der amerikanischen Pumpmaschine herausgeholt. Diese neuen Millionen sollen in der Hauptsache zum Ankauf von Eisenbahnmateriale in Amerika verwandt werden, damit die Verkehrslinien in Rußland zur Schließung der Häfen durch Eis ausgebaut werden können.

England.

Eine Million Verluste.

In einer der letzten Unterhaus-Sitzungen wurde festgestellt, daß die englischen Verlustlisten vom 1. Juli 1916 bis 30. Juni 1917: 880 000 Namen enthalten, und diese Zahl nun an eine Million heranreicht. — Hieron gehen allerdings diejenigen Verwundeten ab, die wieder hergestellt werden.

Englische Arbeiterführer in der Ordensliste.

Aus London wird gemeldet: Auf der Liste, welche die Namen der ersten Ritter des neuen Ordens des britischen Reiches veröffentlicht, steht auch eine ansehnliche Anzahl Arbeiterführer, u. a. Havelock Wilson, der Vorsitzende des Matrosen- und Seemannsverbandes, der zum Kommandeur ernannt worden ist. Das ist auch gerade der Rechte!

In englischen Kreisen wird diese Ordensauszeichnung als Zeichen der Dankbarkeit dafür angesehen, daß dieser sogenannte Arbeiterführer Gegner eines Verständigungsfriedens ist und deshalb die internationale Arbeiterklasse mit allen Mitteln weiter gegen einander aufzuheben versucht. Weiter nimmt man an, daß dieser Orden auch als Lohn für die Bemühungen Wilsons, die Stockholmer Konferenz zu verhaften, anzusehen ist. Der saubere Herr hat nämlich jetzt die Erklärung losgelassen, daß der Seemannsverband unter Billigung des internationalen Kampfkongresses der Seeleute auch ferner die Beförderung der englischen Delegierten nach Stockholm verhindern werde. Dafür hat er nun seinen Judas-Ischarioth-Lohn erhalten. Anständig Leute beneiden ihn nicht darum!

Zur Abstimmung der englischen Arbeiterpartei über Stockholm.

Hunsman gab dem Stockholmer Korrespondent des „Handelsblatt“ die folgende Auseinandersetzung über die Abstimmung in der englischen Arbeiterpartei: Die Mehrheit, so sagte er, für die Stockholmer Konferenz ist größer, als man aus den veröffentlichten Zahlen ersieht kann. Bei der ersten Abstimmung folgte man der alten Einteilung, wobei von den 20 England zuzurechnenden Stimmen 10 der Arbeiterpartei, 4 der unabhängigen Arbeiterpartei, 4 der englischen sozialistischen Partei und 2 der Fabian-Societe, worauf sich das Resultat ergab: 2 Millionen Stimmen für Stockholm, 175 000 dagegen. Diese letzteren Ziffern brüden die Wirklichkeit aus. Die Grubenarbeiter waren nur gegen die alte Einteilung, doch waren sie für Stockholm. Persönlich bemerkt der Korrespondent: Die Arbeiterpartei allein hat zwei Millionen Mitglieder, die drei anderen Parteien zusammen ungefähr 100 000.

Es bestätigt sich also, daß Neuter die Welt wieder einmal angezwängt hat. Was wird nun Lloyd George unternehmen? In einen Appell an das Volk durch Neuwahlen denkt er bei diesem Stimmverhältnis wohl selbst nicht mehr. Wird er es wagen, auch jetzt noch die Pässe zu verweigern? Auf die weitere Entwicklung der Dinge kann man gespannt sein.

Italien.

Die Glocken läuten.

Die Note des Papstes hat in Italien, wie uns von der italienischen Grenze gemeldet wird, ganz einzigartige und wohl kaum von den Regierenden in Rom erwartete Wirkungen auf das Volk gehabt. Die große Menge auf dem Lande feierte die päpstliche Kundgebung. Man hat die Priester gezwungen, die Glocken zum endlich erreichten Frieden (?) läuten zu lassen. Wo sich die Priester weigerten oder dem Volk auseinanderzusetzen versuchten, daß der Schritt des Papstes noch nicht das wirkliche Ende des Krieges bedeute, da gab es bössartige Konflikte mit Geistlichen, Bürgermeistern und Ortschulzen. Die Glocken wurden geläutet, die Fahnen herausgehängt; die Priester mußten wohl oder übel in zahlreichen Fällen Dangottesdienste mit Tebeum, Prozessionen und Wallfahrten veranstalten. Die Entarteten wurden vielfach unterbrochen.

„Die Menge ist von einem wahren Friedens-taumelel ergriffen.“ erzählt mir ein aus der Gegend von Florenz und Bologna kommender Geschäftsmann an der Hand von Zeitungsausschnitten und brieflichen Mitteilungen. Depu- tierter und Politiker reisen im Auftrage der Regierung von Ort zu Ort, um beruhigend und aufflarend auf das Volk zu wirken.

Der Balkankrieg.

Die griechische Kammer

Beschäftigt sich gegenwärtig mit der Erörterung der politischen Lage. Die Opposition wies durch den Mund des früheren Ministers Stratos die Verfassungsmäßigkeit der Auflösung der venezianischen Kammer nach. Leider ist wenig Aussicht vorhanden, daß die Venezianer, bei denen Macht vor Recht geht, sich hieron überzeugen lassen.

Der Seekrieg.

Nacht Dampfer versenkt.

W.B. Berlin, 25. August. (Amstsch.) Im Atlantischen Ozean und in der Biscaya versenkten unsere U-Boote neuerdings acht Dampfer, darunter einen englischen bewaffneten Dampfer von über 4000 Tonnen und die beiden russischen Dampfer „Seuma“, 2200 Tonnen, und „Albin“, 1640 Tonnen. Letzterer mit Grubenholz für England. Zwei Dampfer, einer mit Lebensmitteln und der andere mit Holz für England, wurden als Geleitzüge herausgeschossen, ebenso im Dampfergebiet zwei voll-

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 27. August. (Amstsch.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Flandern verstärkte sich der Artilleriekampf an der Küste sowie zwischen Yper und Oys gegen Abend erheblich. Er hielt auch nachts an.

Heute morgen drangen mehrfach starke Erkundungsabteilungen gegen unsere Linien vor. Sie sind durchweg zurückgeschlagen worden.

Vom La-Bassee-Kanal bis Lens ging starke Artilleriewirkung heftigen englischen Vorstößen voraus, die nordwestlich von Lens kurz vor Dunkelheit einsetzten; sie schloßen verlustreich.

Die Gefechte im Vorfeld unserer Stellungen westlich von Le Catet dauerten tagsüber mit wechselndem Erfolge an. Bei dem Gehöft Malacoff und Cologne errang der Feind örtliche Vorteile. Versuche, den Gewinn zu erweitern, schlugen verlustreich fehl.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Am Chemin des Dames und in der westlichen Champagne zeitweilig lebhafter Artilleriekampf. Südlich von Ailles kamen französische Zeilangriffe in unserer Abwehrfeuer nicht bis an unsere Hindernisse heran.

Vor Verdun blieb es westlich der Maas im allgemeinen ruhig. Auf dem Ostufer wurde bis in die Nacht hinein erbittert gekämpft. Die nach Trömelfeuer bei Beaumont, im Fosses- und Chauxmawalde einsetzenden Angriffe der Franzosen drängten uns anfänglich aus Beaumont und den Waldstücken heraus. Im Gegenstoß wurden Doz und Wälder zurückgewonnen und einige hundert Gefangene einbehalten. Abends brachen französische Kräfte erneut zu Angriffen vor, die zu noch andauernden Kämpfen um Beaumont führten. Zwischen dem Maastal und der Straße Beaumont-Baherauville sind alle Angriffe der Franzosen gescheitert.

Rittmeister Freiherr von Nischhofen schloß seiner 59. Gegner ab.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Prinzen Leopold von Bayern.

Nordwestlich von Jakobstadt gaben die Russen einige Stellungen auf dem Südufer der Düna auf. Sie wurden von uns besetzt.

Bei Baranowitschi und südwestlich von Luce lebte im Anschluß an erfolgreiche eigene Erkundungsvorstöße das Feuer auf. Bei Sufiatyn erlitt unsere Artilleriewirkung einen russischen Angriffsvorstoß.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef

Im Angriff entziffen deutsche Truppen den Rumänen einige Höhenstellungen nordwestlich von Soveja. Heftige Gegenstöße des Feindes brachen verlustreich zusammen.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackenlen und an der Magdonischen Front keine Ereignisse von Belang.

Der Erste Generalquartiermeister: Sudendorff.

beladene Dampfer von 3000 und 4500 Tonnen. Ferner wurde der amerikanische Dampfer „Compagna“ (früher „Dunholme“, 3313 Tonnen), bewaffnet mit zwei 7,5 Zentimeter-Geschützen, nach mehrstündigem Artilleriegefecht versenkt. Der Kapitän, sowie der Geschützführer und vier Mann der Geschützbedienung, die der amerikanischen Kriegsmarine angehörten, wurden gefangen genommen.

In der Biscaya hatte eines unserer U-Boote ein Artilleriegefecht mit einer U-Boot-Falle. Der Dampfer, vom Aussehen eines kleineren Landdampfers, hat spanische Neutralitätsabzeichen an der Bordwand und hier, wie am Heck in großen weißen Buchstaben den Namen „Juan-Barcelona“. Im Verlaufe des Gefechtes wurden der U-Boot-Falle drei Treffer beigebracht. Das U-Boot blieb unbeschädigt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das Kräfteverhältnis im Weltkrieg.

Im Verlage von Kühn & Woenig, Frankfurt a. M., ist eine kleine Schrift erschienen, die unter dem Titel „Gegen sechsstache Uebermacht“ von Antreas eine statistische Uebersicht über die Gebiets- und Bevölkerungszahlen der kriegführenden und neutralen Mächte gibt. Wir entnehmen ihr folgende Angaben:

Die Mittelmächte kämpfen auf einem Gesamtgebiet von 8 358 650 qkm mit 155 998 200 Menschen gegen feindliche Mächte, die über 85 892 800 qkm und 988 091 000 Menschen verfügen.

Es stehen ihnen weiterhin 22 028 060 qkm mit 370 362 000 Menschen gegenüber, die jeden diplomatischen Verkehr mit ihnen abgebrochen haben und nur 17 563 420 qkm mit 157 486 000 Menschen

verhalten sich zurzeit (30. 6. 1917) neutral.

Auf den qkm und den Einzelmenschen ausgerechnet stehen sich demnach gegenüber

Mittelmächte	Feinde	Abgebrochene Beziehungen	Neutrals
1 qkm	10,1 qkm	2,61 qkm	2,86 qkm
1 Einwohner	6,4 Einwohner	2,3 Einwohner	1,0 Einwohner

Die Mittelmächte kämpfen mithin gegen eine mehr als zehnfache Uebermacht an Land und gegen eine mehr als sechsstache Uebermacht an Menschen. Von den 988 091 000 Menschen der feindlichen Staaten sind 289 366 000 Europäer, so daß die Gegner auch ohne ihre außereuropäischen Hilfsquellen fast über doppelte Uebermacht verfügen.

Auf Genauigkeit können diese Ziffern wohl keinen unbedingten Anspruch erheben. Sie geben aber eine ungefähre Vorstellung von den ungeheuren Leistungen, die das deutsche Volk zu vollbringen hat, um sich gegen einen solchen Völkersturm erfolgreich zu wehren.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 27. August.

Was kostet die Zeitung? Die Herstellungskosten der Zeitungen setzen sich zusammen aus den Kosten für die Redaktion und aus den Druckkosten mit allem was drum und dran hängt. Die Redaktionskosten einer Zeitung, die dem Leser inhaltlich etwas bietet, sind hoch. Der Nachschichtendienst (Telephon, Depeschen) kostet viel Geld. Dazu kommen die Ausgaben für Redakteure, Mitarbeiter usw. Die gesamten Redaktionskosten sind bei den großen Zeitungen viel höher als die Einnahmen aus dem Bezugspreis der Zeitungen. Die politischen Nachrichten, Kritik usw., die der Zeitungsleser vom Zeitungsverleger mit dem Bezugs-

preis kauft, kosten dem Verleger meist mehr als der Bezugspreis ausmacht. Der Zeitungsleser dieser großen Zeitungen bekommt also vom Verleger ein Geschenk. Wie hoch dieses Geschenk ist, darüber hat Herr Bachem, der Verleger der Kölnischen Volkszeitung (Zentrumsblatt), in einem Vortrage vor dem Komitee folgende interessante Angaben gemacht:

Bei einer großen hiesigen Zeitung übertrifft der Herstellungspreis des redaktionellen Teiles den Abonnementspreis um 52,09 Proz., bei einer der bedeutendsten Stuttgarter Zeitungen um 69,5 Proz., bei einem der bekanntesten Blätter der Hansestädte (Hamburger Fremdenblatt) um 58,01 Proz., bei einer der bedeutendsten Provinzzeitungen des Ostens um 27,5 Proz., bei der Kölnischen Volkszeitung um 60,02 Proz. Der Laie sei sich gar nicht bewußt, daß dasjenige, was ihm vom Verleger gegen das Entgelt des Abonnementspreises geliefert werde, in der Herstellung ganz erheblich höhere Aufwendungen erfordere, als der Betrag, den der Verleger im Abonnementspreis verdünne, so daß der Verleger tatsächlich einen viel höheren Wert dem Abonnenten liefert, als dieser bezahlt.

Herr Bachem versteht sich auf das Geschäft, man kann also seinen Angaben vertrauen. Nach diesen Angaben muß der Zeitungsleser die Unkosten des redaktionellen Teiles decken. Der Zeitungsleser muß aber außerdem noch den Profit des Verlegers bringen. Hier tritt uns unverblümt die Abhängigkeit der Zeitungen vom Inseratenwesen entgegen. Da der bürgerliche Zeitungsverleger Geld verdienen will, so muß er selbstverständlich die Geldquellen, eben die Inserateneinnahmen, besonders pflegen. Er sorgt dafür, daß diese Geldquellen nicht verstopft werden und nimmt deshalb alle Rücksicht auf die großen Inserenten. Daraus erklärt sich die Wertheizigkeit, mit der die großen bürgerlichen Zeitungen bei der Aufnahme von Inseraten vorgehen. Daraus ergibt sich aber auch die Rückwirkung auf den redaktionellen Teil der Zeitung. Der redaktionelle Teil dieser Zeitungen wird gleichzeitig der geschäftlichen Reklame dienlich gemacht; außerdem wird auch sonst auf einflussreiche kapitalistische Kreise die größte Rücksicht genommen. Daher darf der Redakteur einer großen bürgerlichen Zeitung nur in der vorzüglichsten Form an öffentlichen Mithänden Kritik üben, er darf nichts schreiben, was das kapitalistische Interesse verletzt. Aus diesem Grunde kann man auch von der bürgerlichen Zeitung nicht erwarten, daß sie sich rücksichtslos der Interessen der Arbeiter annimmt. Das Verlegerinteresse entscheidet die Haltung der bürgerlichen Zeitung und daher sehen wir auch, daß immer dann, wenn im öffentlichen Leben die Interessen der Arbeiter mit denen einflussreicher Kapitalistenkreise einanderstoßen, die bürgerlichen Zeitungen sich auf die Seite der Kapitalisten stellen. Wer könnte wohl auch von einem kapitalistischen Verleger erwarten, daß er, um die Interessen der Arbeiter zu wahren, sein Verlegerkapital riskieren würde?

Geschäftlich wird die bürgerliche Presse vom Inseratenwesen getragen. Wenn im Gegenstoß hierzu die Arbeiterzeitung ihre Aufgaben erfüllt, wenn sie die Interessen der Arbeiter wahrnehmen und unbeeinträchtigt alle öffentlichen Vorgänge behandeln will, dann kann sie selbstverständlich keine Rücksicht auf die Inserenten nehmen. Im Gegenteil, sie muß bei der Erfüllung ihrer Aufgaben täglich kapitalistische Interessen verletzen. Bei dieser Sachlage ist es selbstverständlich, daß der Arbeiterzeitung lange nicht soviel Inserate zugehen wie den bürgerlichen Zeitungen. Daraus ergibt sich, daß die redaktionellen Unkosten der Arbeiterzeitungen in der Hauptsache aus dem Bezugspreis gedeckt werden müssen. Deshalb ist auch das Gedeihen der Arbeiterzeitung in der Hauptsache von der Werbung neuer Leser abhängig, denn je größer der Leserkreis ist, um so mehr verbilligen sich auf den einzelnen Leser berechnet die Herstellungskosten und die Kosten für den redaktionellen Teil der Zeitung. Bei der Arbeiterzeitung bezahlt der Leser die redaktionellen Kosten, bei der bürgerlichen Zeitung bezahlen einen Teil der redaktionellen Kosten die Inserenten auf dem Umwege über den Verleger.

Die Zeitungen sind ein wichtiges Hilfsmittel der politischen und wirtschaftlichen Interessengruppen des Volkes. Arbeiterinteressen werden nur durch die Arbeiterpresse vertreten, das ist ohne weiteres einleuchtend. Deshalb muß auch jeder Arbeiter die Arbeiterpresse lesen und selbst halten. Unter den Kriegsverhältnissen, die auch eine gewaltige, immer mehr steigende Materialverteuerung mit sich bringen, leidet die Presse, vor allem die Arbeiterpresse, schwer. Wenn auch sie deshalb gezwungen sein wird, ihren Bezugspreis zu erhöhen, so wird die Einsicht der Abonnenten leicht erkennen, daß das unumgänglich erforderlich ist. Es sind harte Zeiten, in denen wir leben. Aber das Notwendigste muß jeder auch im Kriege haben. Und zum Notwendigsten gehört heute in erster Linie die Zeitung, für den Arbeiter die Arbeiter-

Die nächste Schwurgerichtsperiode beginnt am Montag, dem 16. Oktober. Zu Geschworenen wurden ausdese: Goffebeyer Müde zu Heden, Kaufmann Ferdinand Kayser, Privatmann v. Behling zu Lübeck, Postbesitzer Franz zu Gneversdorf, Kaufmann Johs. Heint. Christ. Lüth, Kaufmann Karl Heint. Johs. Beckelhoff, Privatmann Mathen zu Lübeck, Dufner Oeerg zu Gr. Timmendorfer, Hotelbesitzer Johann Franz Febr. Brüggmann zu Travemünde, Kunstgärtner Johs. Christ. Vogel, Kaufmann Johann Heint. Schwabroch, Kaufmann Paul Schetelig zu Lübeck, Dufner Kallies zu Blankenese, Kaufmann Butenschön, Direktor Paul Oberländer zu Lübeck, Privatier Gustav Hinrich Ehlers zu Wöppendorf, Privatier Wilhelm Cahn zu Cleverbrück, Kaufmann Carl Tesdorpf zu Lübeck, Fährwärter Wendelborn zu Travemünde, Werkmeister Vork, Kaufmann Wildhagen, Sattlermeister Würfel, Malermeister Vogel zu Lübeck, Landmann Alfred Scharbau zu Behmstamm, Maurermeister Johannes Heint. Jakob Oldenburg zu Lübeck, Fuhrer Heint. Hansen zu Neudorf, Kaufmann Gustav Heint. Wilhelm Schmidt, Oberingenieur Abel zu Lübeck, Fischereimeister Johann Carl Jarchau zu Travemünde, Produrrift Georg Carl Joachim Wähler zu Lübeck. — Arbeiter befinden sich, wie immer, nicht darunter.

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Monat August 1917. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr): es betrug die Zahl der Eheschließungen 60 (53), Geburten 117 (117), Sterbefälle 120 (122). Die Eheschließungen nahmen gegen das Vorjahr um 7 zu, die Sterbefälle um 2 ab, die Geburten blieben der Zahl nach unverändert, es ergab sich also ein Verlust von 3 (5) Köpfen. Unter den Geborenen waren 16 oder 13,6 Proz. (22 oder 18,6 Proz.) unehelich und 3 oder 2,6 Prozent (4 oder 3,4 Proz.) tot. Das Alter der Geborenen betraf sich in 8 (11) Fällen auf unter 1 Jahr und in 23 (31) Fällen auf über 70 Jahre. Todesursache war in 21 Fällen Tuberkulose, in 14 Fällen andere Krankheiten der Verdauungsorgane, in 12 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane. Anstehenden Krankheiten erlagen 2 Personen und zwar an Diphtherie; Unspezifische Krankheiten wurden 77 gemeldet; 55mal Diphtherie (darunter 5 Soldaten), 6mal Masern, 5mal Scharlach, 10mal Typhus. Gewaltsamen Todes erlitten 9 Personen und zwar durch Verunglückung. Unter den Gestorbenen waren 14 Kriegsteilnehmer und 2 Kriegsgefangene.

Vom 1. September ab gibt es wieder Brennspiritus. Der Vorliegende der Reichsbrandweinstelle erklärt unter dem 22. August 1917 eine Bekanntmachung, in der es heißt: Vom 1. September dieses Jahres an dürfen bis auf weiteres monatlich wieder 25 Hundertteile derjenigen Menge, welche im gleichen Monat des Jahres 1915 für häusliche Zwecke (Frischenspiritus) verbraucht worden ist, zu denselben Zwecken in den Verkehr gebracht werden. Von diesen 25 Hundertteilen werden 20 Hundertteile zum Preise von 55 Pfg. für das Liter gegen Bezugsmarken, die von den Kommunalverbänden auszugeben werden, der Rest von 5 Hundertteilen zum Preise von 1,50 Mk. für das Liter ohne Bezugsmarken geliefert. Der Spiritus zum Preise von 55 Pfg. für das Liter ist ausschließlich zur Befriedigung des Bedürfnisses minderbemittelter Personen bestimmt, die ihn zu Koch-, Heiz- und Leuchtzwecken benötigen und denen Elektrizität, Gas oder Petroleum nicht zur Verfügung steht, sowie zur Deckung des Bedarfs von Personen, die den Spiritus für Zwecke der Kranken- und Säuglingspflege unbedingt gebrauchen.

Die Augenerkrankung der Neugeborenen. In dem letzten der Vorträge, die im Anschluß an die gestern geschlossene Ausstellung „Mutter und Säugling“ gehalten worden sind, sprach Herr Dr. Schladmann am morgigen Sonnabend über die Augenerkrankung der Neugeborenen. Einleitend wies er auf die Häufigkeit und Gefährlichkeit dieser Erkrankung hin. Zwar ist auf ihren Zusammenhang mit dem eiterigen Wochenfluß der Mutter schon Mitte des 18. Jahrhunderts aufmerksam gemacht worden, aber erst durch die Entdeckung des Trippererregers, des sogenannten Gonokokkus Keifer, der neben anderen Bakterien die häufigste Ursache der Augenerkrankung des Säuglings ist, wurde volle Klarheit über das Krankheitsbild geschaffen. Nach der Schilderung, wie die Übertragung der Ansteckungskeime während des Geburtsaktes auf die Augen des Kindes zustande kommt, wurden die Symptome der Krankheit mit ihren wichtigsten Begleiterscheinungen beschrieben, namentlich die Mitbeteiligung der Hornhaut, die wegen ihrer für das Sehen oft verberlichsten Folgen befürchtet ist. Unter den Vorbeugungsmitteln, die hauptsächlich in den Händen der Hebammen, des Pflegepersonals und der Wöchnerin selbst liegen, ist neben den Maßregeln der allgemeinen Keintlichkeit das Wichtigste ein von Erbe empfohlenes und jetzt ziemlich allgemein durchgeführtes Verfahren: die Einträufelung eines Tropfens einer schwachen Salpetersäurelösung in die Augen der Neugeborenen. Die Behandlung der ausgebrochenen Krankheit selbst ist lediglich Sache des Arztes, und zwar im Hinblick auf die möglichen unheilvollen Folgen am besten eines Augenarztes. Sie ist äußerst verantwortungsvoll und — namentlich bei Übertragung auf die Augen Erwachsener — sehr zeitraubend und stellt an alle Beteiligten, Kerne sowohl wie Pflegepersonal, die höchsten Anforderungen. Die glänzenden Erfolge, die durch die Einführung des Crede'schen Verfahrens erzielt sind, beziehen sich natürlich nur auf die in geschlossenen Anstalten erfolgten Entbindungen, wo allein dieses Verfahren in allen Fällen und mit der nötigen Zuverlässigkeit durchgeführt werden kann, und wo man in der Lage ist, auch spätere, nach der Geburt zustande gekommene Infektionen sofort und sachgemäß zu bekämpfen. Aber nur 5 Proz. der Entbindungen gehen in solchen geschlossenen Anstalten vor sich. So erklärt es sich, daß die Statistiken über die durch Augenerkrankung in ihrer Kindheit Erblindeten noch immer wenig befriedigen. Denn bis vor kurzem war es in Preußen und einer Reihe anderer Bundesstaaten nach dem Ermessen der Hebammen anzuwenden zu müssen glauben und in welchen nicht. Erst vor einigen Jahren ist eine allgemeine Durchführung d. h. also auch bei allen Geburten, wo kein eitriger Ausfluß bei der Mutter besteht, in Preußen (und übrigens auch hier in Lübeck) eingeführt worden, und so darf man hoffen, daß die weitere Verbreitung des heutzutage so allgemein anerkannten auch ein merkbares weiteres Sinken der Zahl jener Unglücklichen bewirken wird, die durch die Augenerkrankung bei ihrer Geburt für ihr ganzes Leben unheilbar erblindet oder aus ästhetischer Rücksicht blind geblieben sind. Freilich ein gesetzlicher Zwang zur Beachtung des Neugeborenen nach Crede — etwa wie der Impfwang — besteht vor der Hand noch nicht, aber einjährige Eltern werden sich dieser Vorsichtsmaßregel bei ihren Kindern nicht entziehen; denn die Eiterung, gegen die sie sich richten, ist ja, wie erwähnt, durchaus nicht immer durch eine Geisteskrankheit hervorgerufen, sondern kommt in einem gewissen Prozentsatz auch bei ganz gesunden Eltern vor, so daß mit absoluter Sicherheit niemand vor ihr geschützt ist. Nur wenn alle Eltern so vernünftig sind, keinen Einpruch gegen jene für die Augen gänzlich ungefähliche Vorsichtsmaßregel zu erheben, dürfen wir hoffen, die tödliche Augenerkrankung der Neugeborenen und die zahlreichen durch sie hervorgerufenen Entbindungen ganz aus der Welt zu schaffen oder wenigstens auf vereinzelte Ausnahmefälle herabzumindern.

H. Das Schwimmfest des 1. Lübecker Schwimmvereins, welches am gestrigen Tage im Kräheneich abgehalten wurde, fand im Zeichen der Wohlthätigkeit. Die Gesamteinnahme wird dem Lübecker Hilfsauschuß für Heidertrag in Ostpreußen, dem Patentinne Lübeck, überwiesen werden. Infolge des schönen Wetters war das Publikum sehr zahlreich erschienen. Das Schwimmen selbst nahm einen ausgezeichneten Verlauf und zeigte, daß auch im dritten Jahre des Krieges, der nützliche Sport des Schwimmens weidlich gepflegt und keine Jünger noch immer Tüchtiges zu leisten vermögen. Das Ergebnis des Wettschwimmens war folgendes: 1. Stufenwettbewerb der Volksschulen (5mal 50 Meter, Knabenläufen): Erste: die St. Jürgenstraße, Zweite: die Domkirche, Dritte: die Burgstraße, Vierte: die 2. St. Lorenzstraße. Mädchenläufen: Erste: die Domkirche, Zweite: die Jennische Schule, Dritte: die 2. St. Lorenzstraße. — 2. Knabenbrustschwimmen unter 13 Jahren, 50 Meter: Erster: Hans Wulff, Zweiter: Walter Stallhöhm, Dritter: Paul Behr, Vierter: Walter Schiffmann, Fünfter: Hans Rath. — 3. Kurze Strecke über 50 Meter, Schwimmart beliebig: Erster: Georg Tillmanns, Zweiter: Alfons Berlich. — 4. Mädchenbrustschwimmen, 50 Meter: Erste: Anni Hoff, Zweite: Hedwig Ritter, 3. Knabenbrustschwimmen unter 15 Jahren über 100 Meter: Erster: Hans Weimann, Zweiter: Paul Eichler, Dritter: Willi Steffen, Vierter: von Klossowski, Fünfter: Albert Flach, Sechster: Wilhelm Glawe. 6. Mädchenbrustschwimmen, 100 Meter: Erster: Wolfgang Möbus, Zweiter: Karl Steffens. 7. Jugendbrustschwimmen, 100 Meter, Schwimmart beliebig: Erster: Karl Strohmeyer, Zweiter: Wilhelm Glawe. 8. Damenbrustschwimmen, 100 Meter, Schwimmart beliebig: Erste: Ina Wagner, Zweite: Hedwig Will. 9. Stufenwettbewerb der höheren Schulen, 5mal 50 Meter: Erster: Katharinenum, Zweite: Oberrealschule zum Dom. 10. Juniorenbrustschwimmen, 200 Meter: Erster: Hans Stühr, Zweiter: Wilhelm Glawe, Dritter: Willi Hoff und Gänther Soch gleichzeitig. 12. Stufenwettbewerb: Erster: Heinz Eggers, Zweiter: Wolfgang Möbus. 14. Entleerungswettbewerb, 50 Meter in Hemd hoch und Jocke, am Ufer aussteigen und 50 Meter ohne Zeug schwimmen: Erster: Wilhelm Kraus, Zweiter: Paul Eichler, Dritter: Willi Seife, Vierter: Willi Steffen, Fünfter: von Klossowski, Sechster: Heinrich Radmann. — In diese Schwimmen schloß sich dann noch ein von Damen, Herren und Jugendmitgliedern des

Verzweigs ausgeführtes Schwimmfest an, das ebenfalls tüchtige Leistungen bot. Nach der dann folgenden Preisverteilung an die Sieger zogen diese mit ihren Kränzen und Geschenken hochbeglückt davon. Hoffentlich steht das nächstjährige Schwimmfest endlich wieder unter dem Zeichen des Friedens.

Die gefährlichsten Städte. Als gefährlichste Stadt unter den Orten mit mindestens 40 000 Einwohnern erwies sich in Deutschland die Reichsstadt der Woche vom 5. bis zum 11. August Rüssingen, wo die Sterblichkeit auf 1000 Einwohner und sechs Tage nur 20 betrug. Fast ebenso günstig war das Ergebnis in Bielefeld mit 3,0. Es folgt Berlin-Wilmersdorf mit 4,5, während Berlin-Friedenau sogar mit Einfluß der Ortsfremden nur eine Sterblichkeit von 4,8 hatte. Dann kommt Neustadt mit 5,8, Lese 8,9, Berlin-Lichterfelde 6,0, Berlin-Steiglitz 6,5, Kiel 7,9, Gesehrtchen und Lunden je 8,5, München-Gladbach 8,6, Hildesheim 8,7, Plauen 9,0, Elberfeld 9,6. Alle übrigen Orte hatten eine Sterblichkeit von mehr als 10. Im Einzelnen betrug sie bei den Städten mit mindestens 100 000 Einwohnern in München 8,8, Altona 11,1, Augsburg 13,9, Berlin 10,8, Berlin-Schöneberg 13,6, Bochum 15,5, Braunschweig 14,6, Bremen 11,1, Breslau 17,0, Cassel 10,4, Charlottenburg 13,6, Chemnitz 15,9, Köln 18,4, Crefeld 11,9, Danzig 13,3, Dortmund 10,8, Duisburg 18,6, Düsseldorf 12,5, Erfurt 21,6, Essen 16,2, Glogau 10,3, Halle 17,8, Hamburg 14,1, Hamburg 11,1, Hannover 15,5, Karlsruhe 16,2, Königsberg 18,4, Leipzig 16,1 Lübeck 14,2, Magdeburg 20,6, Mainz 22,3, Mülhausen i. E. 25,0, Mülheim a. d. R. 11,6, München 12,5, Münster 14,0, Nürnberg 12,8, Oberhausen 10,9, Posen 16,4, Saarbrücken 13,6, Stettin 19,9, Stuttgart 11,1.

Wie kann man Strümpfe sparen? Nicht von dem bekannten Rezept des seligen Piarres Knapp soll hier die Rede sein, sondern von den Möglichkeiten, die Abnutzung der Strümpfe zu strecken, indem man ihr zunächst vorbeugt, dann durch Ausbessern abhilft. Die alten Stopfmethoden genügen dazu freilich im Zeitalter der Bezugsgeldern nicht mehr. Zu ihrer Ergänzung erfinden rührige Hände neue Kunstgriffe und beweisen daran, daß man früher mit dem kostbaren Rohstoff recht leichtsinnig gewirtschaftet hat. Strümpfe, die sonst schon lange dazu verurteilt worden wären, als Müll zu dienen oder Pflappen den Rest ihres Daseins zu fristen, können jetzt noch ihrer ursprünglichen Bestimmung erhalten bleiben, wenn man die Anzuehung hebezeugt, die ein in einer kleinen norddeutschen Stadt wirkender Hausfrauenverein in seinem Stoffschatz gibt. Um die Abnutzung soweit wie möglich zu verzögern, wird das Tragen von Haden- und Fehenschönern unter dem Strümpfe empfohlen. Ertere werden aus feinem Trikotstoff oder alten Strümpfen hergestellt, letztere aus Filz oder anderem dicken Stoff, auch kann man sie häkeln. Gefädelte oder gestricelte Haden lassen sich auch sehr gut an einen schadhaften Strümpf im ganzen einlegen; dünne Stellen an Haden und Fehen sollen fein übermaßig, solche an der Sohle mit dem Trikotstoff eines anderen Strümpfes übernäht werden. Aus alten Beinlingen lassen sich ganze Fingerringe herstellen, welche einem noch tadelloser Beinling ausfüllen. Fängt die Sohle eines noch guten Strümpfes an, dünn zu werden, so kann man sie auch feilen, indem man den Fuß da abmacht, wo das Abheben über dem Haden aufhört und ihn so wieder annäht, daß die Sohle nach oben kommt. Will man gewebte Strümpfe ankleben, so schlägt man sie am abgeknittenen Rande um und überhäkelt diesen. Die Häkelmalerei kann man dann aufnehmen und daran weiterstricken. Eingelaufene Strümpfe verlängert man nach Bedarf, indem man die Spitze abschneidet, ein Stück anstrickt und die Spitze wieder anknüpft, die man bei dieser Gelegenheit gleich wendet. Der durch Strümpfhalter verursachten Beschädigung der Strümpfe kann man dadurch vorbeugen, daß man sie mit weichen Leinwandstücken verzieht, die von unten durch Hand gestützt sind, und an diesen die Halter befestigt. Terrillene Ringe von Kinderstrümpfen, bei denen das Einstricken nicht mehr lohnt, kann man nach hinten ummähren, indem man den Fuß über dem Haden abschneidet und ihn so wieder annäht, daß die vordere Seite nach hinten kommt. Die gestopfte Stelle wird alsdann unter dem Rande verschwinden.

Schwefelröhre. Man freudt uns: Am nächsten Sonnabend und Sonntag werden in Travemünde Veranstaltungen zum Festen der Schwefelröhre stattfinden, worauf wir schon jetzt hinweisen möchten. Gestern ist für Sonnabend vom Lübecker Ausschuss ein Les mit Vorträgen im Kurial und am Abend ein Konzert in Form eines bunten Abends, ebenfalls im Kurial. Am Sonntag soll im Kurial und vor der Konditorei ein großes patriotisches Konzert stattfinden: die Abendveranstaltung für diesen Tag steht noch nicht fest. In beiden Tagen wird eine Sammlung stattfinden und eine Tambola wird vorgenommen, für die recht wertvolle Gewinne eingelauft werden. Auch der Ertrag des beliebten Pferdewettspiels an beiden Tagen wird der Schwefelröhre zugute kommen. Die Leitung dieser beiden Tage liegt in den Händen des Herrn Kapellmeisters Szante. Außerdem wollen wir noch mitteilen, daß unter den mitwirkenden Künstlern am Sonntagabend im Kurial auch die dort kürzlich mit so großem Erfolg aufgetretene Frau Bella Ren-Gros sein wird.

Samstag der Kriegsbroschensammlung. Wir werden gebeten, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, daß die Kriegsbroschensammlung den Sonnabend dieser Woche, 1. September, als besonderen Annahmetag für Frauenhand freigelegt hat. Der Wirkungskreis dieser Broschensammlung ist nicht nur Frauen und Mädchen, diesen Tag in besonders großem Umfang zur Einlieferung ausgekamelter Paare benutzen zu wollen. Es kann gar nicht dringend genug gesagt werden, wie notwendig das Paar für Zwecke der Landesverteidigung geworden ist. Auf dem Wege der Sammelstelle Salpetermineralien werden eine Schießhülle und ein Glaserband angefertigt sein; beides kann von den jugendlichen Sammlern nur an diesem Tage frei benutzt werden. Für 100 Gramm Paare werden 50 Gütcheine vergütet.

Kiel. Schwere Gewitter mit zeitweiliger molkenbrucharigen Niederschlägen zogen auch in der Nacht zum Freitag wieder

über unser Nord-Gebiet. Auf der zum Dorfe Lötendorf, Amtsbezirk Döberdorf, gehörigen, ausgebauten Hufenstelle Charlottenthorf schlug der Blitz ein. Wohnhaus, Pferdebestall und Scheune wurden ein Raub der Flammen. Das Vieh konnte rechtzeitig geborgen werden.

Elmsborn. Gewitterschaden. In der Nacht zum Freitag wurden bei dem heftigen Gewitter eingestürzt durch Blitzschlag in Fieshusen das Gewese der Gebrüder Heinrich und Jakob Mangels. Es verbrannte viel gedroschenes Korn. — Durch Abbruch von dem Gerüst eines Neubaus kam ein dort beschäftigter Arbeiter Behrmann zu Tode.

Izehoe. Heftige Gewitter entluden sich in der Nacht zum Freitag über der Landschaft. In Behmsbuden fuhr ein Blitz in das Gewese des Hofbesizers Th. Fühl, wobei Wohnhaus und Scheune niederbrannten.

Hulm. Ein Großfeuer entstand während des Gewitters am Freitag in Olfenfeld, wo der Blitz in die große Kornscheune des Landmannes Hans Jacob Thomßen schlug, die mit Erntevorräten bis unters Dach gefüllt war. Mit verbrannt ist die gesamte Ernte, darunter allein 30 Fuder Roggen und größere Mengen Gerste und Weizen.

Friedrichsdorf. Gewitterschaden. In der Nacht zum Freitag kam ein heftiges Gewitter zum Ausbruch, das Stundenlang anhielt. In Seeth wurde das Gewese des Landmannes Jürgen Vollers vom Blitze getroffen und vollständig eingestürzt. Dem Fuhrmann Flachmann in Drage wurden zwei Pferde vom Blitze erschlagen.

Penzlin. Gewitterschaden. Bei dem Gewitter am Freitag wurde durch Blitzschlag leider ein erhebliches Schadensfeuer verursacht. Morgens gegen 7 Uhr fuhr der Blitz in die am Ziegelkamp belegene Scheune des Adersbürgers Maack und zerstörte die sofort emporgeräuschten Flammen dieselbe vollständig. Bei der herrschenden Trockenheit sprang das Feuer mit Windeseile auf die angrenzenden gefüllten Scheunen der Adersbürgers Weich, Kremer, Wendt, Gauk, Scheibel und Storbeck über. Innerhalb einer Stunde bildete die Scheunenreihe von 7 Gebäuden nur noch einen taugenden Trümmerhaufen. Mit den gesamten Erntevorräten sind auch viele landwirtschaftliche Maschinen verbrannt.

Varrel. Großer Mühlenbrand. Durch ein Schadensfeuer, das in einem Torfschuppen entstand, wurde die Mühle in Westhof, eine der größten und schönsten des Ammerlandes, mit allen Nebengebäuden (Sägemühle, Speicher, Schuppen, Kesselhaus) eingestürzt. Nur das Wohnhaus konnte erhalten werden. Viel Roggen, der sich für die Selbstversorger zum Schroten in der Mühle befand, und Vorräte an Getreide, die dort aufbewahrt wurden, sind mitverbrannt. Der Gesamtschaden dürfte sich auf 120 000 bis 150 000 Mark belaufen. Die Gebäude und das Inventar, welches letzteres zum größten Teil geborgen wurde, sind versichert.

Bremen. Tödtlich verunglückt ist Freitag der Schüler Rudolf Wohl aus der Nordstraße, indem er von einem in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen in verkehrter Richtung abging. Unter dem Schutzbrett, unter das er geriet, wurden ihm beide Beine gequetscht und derartige Quetschungen zugefügt, daß er kurz darauf starb. — Die milde Beurteilung der Kriegswursthabrikanten Georg Schulz und Max Kahl, die in der Öffentlichkeit großen Unwillen erregt hat, ist auch in der Bürgerschaft zur Sprache gebracht worden. Die Vertreter des Schlachtgewerbes rücken scharf von der „Schweineerei“ jener Kollegen ab. Wie mitgeteilt wurde, haben sowohl der Staatsanwalt wie die Beurteilten gegen das am 1500 Mk. Geldstrafe (Wartung vier Monate Gefängnis) lautende Urteil Berufung eingelegt.

Aus Nah und Fern. Durch einen unglücklichen Zufall getötet wurde in Mansfeld im Spejart auf der Straße die junge Frau eines dortigen Landwirts. Ein Sicherheitsbeamter hatte in einem Hausflur einen zum Abtransport bestimmten Gefangenen zu bewachen, der plötzlich auf seinen Wächter eindrang. Dieser mußte zu seinem Gewehr greifen und ihn den Gefangenen nieder. Die Kugel aber drang durch den Körper des Mannes, durchbohrte die Haustür und traf damit die unglücklicherweise in diesem Augenblick auf der Straße vorübergehende junge Frau tödtlich.

Neueste Nachrichten. Berlin, 26. August. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz. 21 000 Brutto-Registertonnen. Unter den versenkten Schiffen befand sich der englische bewaffnete Dampfer „Dyoria“ (3684 Tonnen) mit Kohlen nach Italien, ferner ein voll beladener bewaffneter Frachtdampfer von 5000 Tonnen mit Kurs nach England. Der Chef des Admiralfstabes der Marine.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Siewigt. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Gelesene Nummern des „Volksboten“ bitten wir nicht wegzuerwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

Am 10. d. Mts. ist in meinem Besitze unter jeder unversehrten Seite und Bruder
Friedrich
dem berühmten Schöpfer zum Leben zu erwecken
Friedrich Parke u. Familie.
Lübeck, 26.

Danksagung.
Für die wertvolle Teilnahme und reichen Kranzgebenden bei der Beerdigung unserer lieben Großmutter legen wir allen Beteiligten, dem Capellmeister und Herrn Sparrscheider herzlich für die so schönen Worte unsern besten Dank.
Hans Kruse
und Kinder.
Visitenkarten
Herbert schnellstens
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Ein schön möbl. Zimmer mit zwei Betten zu vermieten.
(2375) **Großer Bauhof 3.**
Zu kaufen gesucht (2375)
Haushandschuhe, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu billigem Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waijenboffstr. 25.
Telephon 2493.

LEDERSOHL
Hansa D. R. P.
C. Grimm Nech.
Schwarzenstr. 1.
(Nur Werktags von 9-1 und 4-7 Uhr.)

Vergrößerungen
nach jeder Photographie in allen Verfahren im eigenen Atelier.
Warake, Gr. Bauhof 11. (2380)
Musteransammlung: Mühlenstr. 30.
Birnen
zum Essen und Kochen
Etwa 35 Bfg. (2383)
Otto Köpfer, Roedstraße 16.

Uren-Reparaturen.
Billige Preise. (2374)
Gr. Answahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Herrmann Vob,
Uhrmacher, Hixstr. 71.

Heimes Werke
3 Bände 5.— Mk.
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt
Meggendorfer-Blätter
München 99 Zeitschrift für Humor und Kunst
9 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.—
Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theaterstr. 47.
Kein Besucher der Stadt München
Lasse es verkommen, die in den Räumen der Redaktion, Theaterstraße 47, befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.
Unglaublich beliebt. Eintritt für jedermann frei!

Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Hansa-Theater.
Heute abend 8 Uhr: (2377)
Zum letzten Male:
Gib mich frei!

Stadthallen-Sommertheater
Dienstag, den 28. August 1917:
Anfang 8 Uhr
Auf vielfachen Wunsch:
Die Landstreicher.
Mittwoch, den 29. Aug. 1917:
Anfang 8 Uhr:
Letztes Gastspiel von Arno Hoff vom Hoftheater Schwerin:
Heimat.

Parteigenossen!

Auf Grund des Organisationsstatuts beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf

Sonntag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr,

nach dem Huttenischen Garten in Würzburg, Virchowstraße 2, ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes:
 - a) Allgemeines (Berichterstatter Fr. Ebert).
 - b) Kasse (Berichterstatter O. Braun).
2. Bericht der Kontrollkommission (Berichterstatter Fr. Brühne).
3. Bericht der Reichstagsfraktion (Berichterstatter Dr. David).
4. Die nächsten Aufgaben der Partei (Berichterstatter Ph. Scheidemann).
5. Anträge.
6. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, die Vorarbeiten für den Parteitag, besonders die Wahl der Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteigenossen müssen spätestens am 22. September im Besitz des Parteivorstandes sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatuts veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage für den Parteitagsaufnahme finden sollen. Den Anträgen etwa beigegebene Bezeichnungen können nicht veröffentlicht werden.

Die Vorstände der Wahlkreisorganisationen werden dringend ersucht, dem Parteivorstand die Namen der gewählten Delegierten unter genauer Adressenangabe alsbald mitzuteilen, damit ihnen die Vorlagen und sonstigen Mitteilungen zugehen können.

Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten außerdem beim Lokalkomitee melden; Adresse: F. Endres, Arbeitersekretär, Würzburg, Semmelstraße Nr. 46. Die Mandatsformulare werden rechtzeitig durch uns versandt.

Berlin, 25. August 1917.

Der Parteivorstand.

Um Kriegsamt und Hilfsdienstgesetz.

Die plötzliche Überberufung des Generals Gröner von der Leitung des Kriegsammtes und seine Beauftragung mit einem Frontkommando ist Freitag durch den fortschrittlichen Abgeordneten Liebling im Hauptauschuß des Reichstages zur Sprache gebracht worden. Liebling fragte nach den Gründen, die zu diesem plötzlichen Wechsel geführt haben und warnte vor dem Spielen mit dem Feuer: sollte man versuchen, jetzt schwerindustriellen Scharmachern nachzugehen, würde das gewiß nicht zur Erreichung des deutschen Sieges beitragen. Der Kriegsminister erwiderte ausweichend, Gröner habe wiederholt um einen angenehmeren Posten, insbesondere um seine Verwendung im Felde gebeten. Aber wenn das auch selbstverständlich dem Worte nach richtig ist, konnten doch die Abgeordneten, welche den Sachverhalt kannten, diese Ausflucht unmöglich gelten lassen. Scheidemann und Erzberger wiesen einfach darauf hin, daß Gröner selbst 48 Stunden vor seiner Verabschiedung noch keine Ahnung davon gehabt hätte, und machten die Regierung darauf aufmerksam, daß zwar sehr kleine, aber ebenso mächtige Scharmachertreife eine gründliche Verschlechterung des Hilfsdienstgesetzes zugunsten der Arbeiter betrieben. Das bestritten der Kriegsminister und der Vizestanzler Heffrich, soweit die Regierung dabei in Frage kommt, mit aller Entschiedenheit; es sei kein Gedanke daran, daß die amtlichen Stellen eine Rückwärtsbewegung des Hilfsdienstgesetzes vornehmen.

Von dieser Zusage nahm der Hauptauschuß Notiz. Warum Gröner gegangen wurde, ist in befriedigender Weise nicht aufgeklärt worden. Das war freilich auch nicht sehr wahrscheinlich, da ja natürlich zu erwarten war, daß über einen solchen Akt der Kommandogewalt dem Parlament keine genaue Auskunft gegeben werden würde. Es bleibt also jedem unbenommen,

sich über die Verabschiedung Gröners seine eigenen Gedanken zu machen.

Von diesem Rechte macht auch das „Korrespondenzblatt“ der Generalcommission Gebrauch, das in seiner neuesten Nummer zu Gröners Rücktritt Stellung nimmt. Die halbamtliche Begründung dazu: daß der Dienstbereich des Kriegsammtes eingeschränkt werden solle, bezeichnet es als ein Muster der Kunst, die Gedanken durch die Sprache zu verbergen. In Wahrheit sei Gröner dem Haß der Unternehmertreife zum Opfer gefallen, die ihn seit Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes verfolgt hätten.

„Daß das Hilfsdienstgesetz den Unternehmern ein Dorn im Auge ist“, führt das „Korrespondenzblatt“ weiter aus, „ist von ihnen laut und offen genug betont worden, ebenso ist es bekannt genug, daß sie in der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes eine schwere Gefahr für die deutsche Industrie erblickten. Jeder Streit, jedes unbedachte Wort eines Versammlungsredners, jedes Flugblatt mußte dazu herhalten, um diese angebliche Gefahr ins Ungeheure zu vergrößern. Da Generalleutnant Gröner auf solche Kopfschüttelerei nicht hereinfiel, sondern sich sein Urteil aus eigener Anschauung zu bilden suchte, sah es in ihm einen Feind der Industrie und setzte ihn auf den Index.“

Richtig sei auch in der Tat, daß Gröner mit den Gewerkschaften hat zusammenarbeiten wollen und es getan hat, soweit es bei den Unternehmern irgend durchsetzen konnte. Er habe von der ersten Stunde seiner Betätigung an in dem Arbeiter einen gleichberechtigten Partner im Arbeitsprozeß gesehen und ihn danach bemerkt und behandelt wissen wollen. Bevorzugt habe er freilich die Arbeiter niemals, sondern nur Gerechtigkeit, angemessene Bezahlung und Ernährung für ihn verlangt und nicht bloß Kriegsgewinne für die Unternehmer. Daß er überhaupt zu den Kriegsgewinnern anders stand als die Mehrzahl der Mitglieder der Reichstagsfraktion, daraus habe Gröner nie einen Zweifel gemacht. Als Soldat sei die Durchführung des Krieges für ihn der Hauptzweck des Gesetzes gewesen, und wer ihn darin gestört habe, dem habe er den Standpunkt klar gemacht. In Arbeiterkreisen habe man ihm den bekannten Hundstotenaufzug sehr verdacht; viel übler hätten es ihm aber die Unternehmertreife angesehen, daß er am Tage zuvor den Unternehmern, die sich mit dem Hilfsdienstgesetz nicht abfinden wollten, dieselbe Strafe angedroht habe, wie Leuten, die Streiks anstelleten.

Das „Korrespondenzblatt“ betont, daß es sich bei Gröner nicht nur um eine Person, sondern um eine Richtung handle. Die Verteilung des Kriegsministeriums habe schon bald nach Beginn des Krieges bei der Vergabung größerer Heeresaufträge regelnd in die Arbeiterverhältnisse eingegriffen und sich dabei auch der Sachverständigkeit und der Erfahrungen der Gewerkschaften bedient, Gröner habe nur diesen Geist bei den Verhandlungen im Reichstagsamt offen gezeigt. Eine Aenderung hierin würde schwerlich im Interesse der Einigkeit und Geschlossenheit des deutschen Volkes in diesem schrecklichsten aller Kriege liegen.

Gegenüber dem Nachfolger Gröners im Amte nimmt das Organ der Generalcommission der Gewerkschaften eine abwartende Stellung ein; es schreibt anlässlich:

„Die organisierte Arbeiterschaft hat sich an das Ministerkürzen im Laufe der Zeit gewöhnt, so daß für sie kein Grund zu besonderer Beunruhigung vorliegt. So wenig sie bei solchen Wechsellagen eine Wendung zum Besseren wahrzunehmen vermochte, hat sie Grund, aus dem Fortgang eines Mannes, der sich durch sein Verhalten ihre Achtung erworben hat, auf eine Wendung zum Schlechteren zu schließen. Ruhig, sich ihrer Verantwortung und Aufgaben in dieser schweren Zeit bewußt, sieht sie der Entweidung der nächsten Zukunft entgegen. Ein Personalwechsel an sich kann für sie kein Grund sein, das dem scheidenden Leiter eines heute sehr wichtigen Amtes entgegengebrachte Vertrauen seinem Nachfolger vorzuenthalten, wenn er es in gleichem Maße verdient wie sein Vorgänger.“

Selbstverständlich wird die gesamte Arbeiterschaft die Aufmerksamkeit teilen, mit der die Gewerkschaftsführer das Wirken des neuen Mannes im Kriegsamt zu verfolgen ankiündigen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wechsel im Auswärtigen Amt.

Der Vizepräsident der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, Freiherr von Stumm, scheidet aus seiner Stellung. Man bringt das in Zusammenhang mit der wenig befriedigenden Art, mit der Herr v. Stumm die Angriffe des Amerikaners Gerard zurückgewiesen hat.

Anfragen im Reichstage.

Abg. Davidsohn stellt in einer Anfrage fest: Bei der fortlaufend erfolgenden Wiedereinziehung kriegsbeschädigter Rentenempfänger zum Heeresdienst in der Heimat ereignen sich schwere Mißgriffe. Kriegsbeschädigte werden durch Wiedereinziehung aus ihrem Heilungsprozeß herausgerissen und dadurch in ihrem Befinden verschlechtert; andere werden in der Erlernung neuer Berufe unterbrochen. Trotz einer Verfügung des Kriegsministers, wonach Empfänger von 50 und mehr Prozent Invalidenrente gegen ihren Willen nicht eingezogen, noch bei der Truppe behalten werden sollen, findet fortgesetzt Wiedereinziehung kriegsbeschädigter — zum Teil sogar mit Berufsmittelungszulage — statt. Der Reichstanzler wird gefragt, was er gegen diese Mißgriffe zu tun gedenkt?

In einer weiteren Anfrage erudiert Abg. Davidsohn den Reichstanzler um Auskunft darüber, was er zu tun gedenkt, um zu verhindern, daß bei uns etwa auch so wie in Oesterreich zum Bierbrauen an Stellen von Malz Honig verwendet wird?

Abg. Malfewik (Konj.) klagt über die Schädigung des Schuhmacherhandwerks dadurch, daß den Handwerker-Lieferungsgenossenschaften jede maschinelle Teilarbeit an dem zu liefernden Heeres-Schuhzeug untersagt ist. Er fragt, wie diese Maßnahme mit der Förderung des Handwerks in Einklang gebracht werden könne?

Batockis plötzlicher Abchied.

Die plötzliche Verabschiedung des früheren Leiters des Kriegsernährungsamtes Herrn von Batocki hat allgemeines Aufsehen erregt. Wie der „Vorwärts“ erfährt, hat Herr v. Batocki die Vereinigung des Kriegsernährungsamtes mit dem preussischen Staatskommissariat für Ernährungswesen, wie sie jetzt in der Form des Reichsernährungsamtes tatsächlich vollzogen ist, angestrebt. Das Ziel war aber nicht zu erreichen, weil sich unüberwindliche Schwierigkeiten dagegen geltend machten, dem bei den Agrariern nicht eben beliebten Herrn v. Batocki auch noch das preussische Staatskommissariat mit zu übertragen. Herr v. Batocki brachte also der Sache seine Person zum Opfer. Er ging, und die von ihm angestrebte und durchaus zweckmäßige Vereinigung der Aemter vollzog sich nun unter der Leitung — des Herrn v. Waldow.

Der militärische Arbeitszwang.

Eine Verfügung des Gouverneurs der Festung Köln verpflichtet jede männliche oder weibliche Person auf Anforderung der zuständigen Behörde im Bezirk ihres Wohnortes oder in der Nachbarbehörde gegen den ortsüblichen Lohn ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Arbeiten zu übernehmen, die bei der Beladung und Entladung von Eisenbahnwagen und zur Befestigung des Wagenverkehrs notwendig werden.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Wegen Kohlenmangels

sind in Holland in letzter Woche zahlreiche industrielle Betriebe geschlossen worden, wodurch 24 000 Arbeiter brotlos geworden sind. So leiden die Neutralen unter dem Kriege. Die holländische Regierung will nun der deutschen vorschlagen, 12 500 holländische Arbeiter nach Deutschland zu senden; hierfür soll letzteres eine monatliche Mehrausfuhr von 250 000 Tonnen Kohlen nach Holland gewährleisten.

24 Millionen Dollar pro Tag

haben angeblich im August die Kriegsausgaben der Vereinigten Staaten betragen. Zwei Drittel dieser Ausgaben sollen auf Vorkasse an die Alliierten entfallen.

Wilson gegen Stockholm.

Dem Organ des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, der „Smeštia“, wird aus Kreisen der amerikanischen Arbeiterorga-

Treue siegt.

Eine Geschichte von der See.
Von Edmund Hofer.

9. Fortsetzung.

Unter den Kindern war das vierte oder fünfte ein Knabe im Alter unseres Detlef, ein Junge wie er dem landläufigen Ausdruck nach im Bunde steht, ein fideles, freundlicher, gesunder, kräftiger Bursch, voll ungewöhnlicher geistiger Begabung und trotz all seiner frühen Jungenschaftigkeit von regem Wissensdurst und steter Lernbegier. Detlef und er fanden sich schon am ersten Tage zusammen und hingen bald an einander wie Klebten, und da Caspar, wie er hieß, auch meiner Frau und zumal mir gefiel, so begünstigten wir diese Freundschaft in jeder Weise. Ich unterrichtete ihn eine Weile allein, bald aber mit Detlef zusammen in den für seinen Lebensgang brauchbaren und erwünschtesten Fächern, und hatte, wie wir alle, die helle Freude an ihm und miederte ihm sehr bald eine wahre Dankbarkeit. Denn sein Umgang, sein Beispiel, seine Lehre, an der es in Scharf und Ernst niemals fehlte, übten den allergünstigsten Einfluß auf Detlef und liehen ihn schier von Tag zu Tag sich fröhlicher und erfreulicher zu einem ganz anderen Menschen entwickeln. Es war wirklich die schönste und glücklichste Zeit unseres ganzen Lebens. Doch ist am Ende nichts davon zu erzählen.

Nach drei Jahren wurden die Knaben konfirmiert und äußerlich nun auch mehr getrennt: Detlef kam auf das Gymnasium in der Stadt und Caspar zu einem Schiffszimmermeister in Horn. Wenn sie sich sehen wollten, bedurften sie einen tüchtigen Marjack am Feierabend oder suchten sich bis zur freien Zeit gebunden, die dem Handwerker ebenfalls sehr knapp und selten zugleich mit dem Gymnasialisten zuteil wurde. Aber die Freundschaft hielt von beiden Seiten, zumal von der Detlefs — Caspar nahm das Ding von Anfang an äußerlich wenigstens kaltblütiger — Probe: die Märkchen wurden ihnen nicht zu beschwerlich, und wenn sie auf länger zusammentrafen, war die Freude groß und sie wider von früh bis spät bei einander. Und das ging nun wieder so fort, bis der eine einige Jahre später die Universität bezog und der andere als Schiffe gleichfalls davon wanderte.

Als der erstere nach Beendigung seiner Studien zurückkehrte, erwiderten wir von neuem und besser als je den guten Einfluß des Caspars, das heißt, mein Alter, weil derselbe ihm so lange gespielt hatte. Es kam nicht der gute und frische Gefell zurück, an dem wir in den letzten Knaben- und ersten Jünglingsjahren kaum noch einen Fehler zu beklagen hatten, sondern ein Mensch, der etwa der Nachfolger des trostigen und unbändigen, hochmütigen — wie sage ich nur? — misstrauischen Knaben war. Daß er

seine Studienzeit gut benutzte, kann ich nicht sagen, aber ebenso wenig, daß er sich in einem besonders leichtsinnigen Leben gefalgen habe. Im Gegenteil, an der Kraft und Frische fehlte es weder körperlich noch geistig, aber er war unzufrieden mit seinem Beruf, mit seiner Stellung, sein Studium machte ihm keine Freude, und wie er sich gegen seine Mutter und mich, ja selbst gegen seine kleinen Geldwörter stellte, das kann ich nur unfreundlich und unartig, takt- und rücksichtslos heißen, bis endlich — der Erzähler machte eine Pause, bevor er mit zusammengelegten Brauen weiter redete — „noch viel Schlimmeres hervortrat. Ich kann nicht ausführlich darüber berichten, denn es ist noch heute für mich schier unerträglich. Du mußt dich mit der Andeutung begnügen, daß zu keinem Verdacht in Ansehung seines Vaters und des Vermögens, nun ein anderer in ihm hauste gegen seine Mutter und mich, und daß der Mensch — ich kann es nicht anders heißen! — nichtswürdig genug war, demselben gegen seine Mutter Worte zu leihen. Ich brauche dir nicht zu sagen, was das für eine Wirkung auf die arme Frau, auf mich machte. Ich habe ihm das Stärkste gesagt, was ein Mann dem anderen sagen kann, und ihm dann mein Haus verboten.“

„Daß seine Mutter dies Verbot nicht aufrecht erhielt, kannst du dir denken; ihre Liebe zu ihm war eine unendliche und unbeflegliche. Er lenkte auch einigermaßen ein, als sei er durch mein Auftreten zur Besinnung gekommen; er hat sie gewissermaßen um Verzeihung, er suchte sich sogar mit mir wieder auf einen freundlicheren Fuß zu stellen. Es wurde, um es kurz zu sagen, äußerlich auch wieder ganz erträglich zwischen uns, nur daß ich kein Vertrauen mehr zu ihm hatte. Ich ließ ihn gehen, ohne mich auch nur mit einem Rat in sein Treiben zu mischen. Und ich überzeugte mich bald, daß ich in meiner Vertrauenslosigkeit so gut wie in meiner Zurückhaltung das Richtige gewählt hatte.“

„Er gab seine Studien auf und ging in die Stadt, wo er als Boloniar in ein Handelshaus eintrat. Lange gefiel ihm das aber nicht. Nach kurzer Zeit kam er wieder heraus und fand bei dem damaligen Besitzer von Wilzen eine Unterwelt — gleichfalls als Boloniar, um Landwirt zu werden. Womit er den nötigen Aufwand — und er begnügte sich nicht mit einem solchen, sondern lebte als großer Herr — bestritt, das begriffen wir damals nicht. Von uns bekam er nur sehr geringe Zuschüsse und nahm diejenigen in einer Weise an, als ob ihm sehr wenig darum zu tun sei. Und wir begriffen es auch da nicht, als er ein halbes Jahr später die Stelle wiederum aufgab, nun unsere Vermittelung in Anspruch nahm und dadurch Unterkunft bei dem Herrn von Kolend fand — hier alle, auf diesem, demselben jetzigen Gute, das ist ja beinahe unter unseren Augen.“

„Er machte bei Gelegenheiten große Ausgaben, warf das Geld um sich mit vollen Händen aus, von einem disziplinierten Lebens-

wandel war aber keine Rede. Im Gegenteil war er im allgemeinen tüchtig bei seinen Geschäften und verdiente sich alles Lob, wie ihm dies denn auch in den früheren Stellen nicht gefehlt hatte, und man eigentlich nicht recht verstand, weshalb er wechselte. Caspar, der zu dieser Zeit von seiner Wanderschaft heimkehrte und in der Stadt arbeitete, war mit ihm freilich gleich wieder in der alten Freundschaft, gewann auch einen nicht geringen Einfluß auf ihn, brachte aber gleichfalls nichts weiter von seinem Leben und Treiben, noch von seinen Plänen für die Zukunft heraus.“

„Da mit einemmal verschwand er von hier, ohne daß man anfangs erfuhr, was aus ihm geworden, und in den nächsten Tagen brach das Unheil aus. Es meldete sich bei uns ein Geschäftsmann aus der Stadt mit einer ganz enormen Forderung, begründet auf die Vorkasse, welche er Detlef auf sein, angeblich noch vorhandenes, von seiner Mutter — begreift du das? — gerechtes und verheißtes Vermögen geleistet haben wollte. Den Ausgang der Sache brauche ich dir nicht auszumalen. Die Abfindungs- und Beschäftigungsumme, welche meine Frau bieten wollte und konnte, wurde nicht akzeptiert. Es begann ein Prozeß wider uns, der, obgleich schnell genug zu unseren Gunsten entschieden, der Aemtern beizuhäuten das Herz brach. Und nicht genug, daß sich alsbald klar herausstellte, wie des Menschen vorhin erwünschtes Ansehen nichts als Heuchelei gewesen und er seine Mutter und mich nach wie vor und auf mehr als einer Stelle auf das schändlichste verleumdet habe, so fanden sich auch andere, an den nackten Betrug gemahnende Zeuge. Es war daher kaum anders zu erwarten, als daß er, der plötzlich in der Stadt wieder auftauchte, zu einer schimpflichen Freiheitsstrafe verurteilt wurde.“

„Als er dieselbe bestrafen hatte, erschien er bei uns, und es spielte noch einmal eine Szene, wie jene, deren ich vorhin gedachte, nur daß sich jetzt zu den Anschuldigungen auch Drohungen und grimmige Racheversuche gesellten und der Mensch sich uns überhaupt in einer Weise offenbarte, daß wir ihn nur für wahrhaftig oder für einen vollendeten, zu allem fähigen Verbrecher halten konnten. Es blieb uns nichts anderes übrig, als daß wir uns auf das feierlichste von ihm losagten — diesmal hand selbst keine Mutter völlig auf meiner Seite und verließ ihn für immer ihr Herz und ihr Haus. Er schied mit Hohlnachen und erneuten Drohungen.“

„Er blieb in der Stadt und hat sich dort, ich weiß nicht wie, seinen Lebensunterhalt gewonnen. Er war, wie wir später erfahren, in Verbindung mit einem jungen Mädchen, der verwalteten Tochter eines Schiffers — ein braves Kind, wie wir wohl hörten, dem er schon seit seiner Rückkehr von der Universität, aber vergeblich nachgehrt haben sollte. Erst jetzt sollte sie erlegen sein.“

(Fortsetzung folgt.)

nisationen mitgeteilt, daß Wilson seinen ganzen Einfluß bei den Alliierten aufgebieten habe, um die Entsendung von sozialistischen Delegierten nach Stockholm zu verhindern. Wilson sei der erbitterteste Gegner dieser Konferenz. Wilson habe mehrfach öffentlich zu versprechen gegeben, daß der Frieden nur durch das Eingreifen der Vereinigten Staaten hergestellt werden könne. Ein sozialistischer Friede sei eine Unmöglichkeit, da er bei den heutigen Machtverhältnissen in Deutschland in jedem Fall einen Sieg Deutschlands bedeuten würde. Die Sozialisten begnügten sich mit der Wiederherstellung des status quo ante. Die Wiederherstellung des status quo könne jedoch kein Kriegsziel sein, da aus ihm dieser Krieg, der die ganze Welt in Entsetzen stürzt, entspringen sei. Der Friede könne nur geschlossen werden, wenn alle Möglichkeiten für einen neuen Kriegsausbruch genommen seien. Die Beseitigung der deutschen Autokratie und der Militärdiktatur sei ein Gebot der Selbsterhaltung der demokratischen Länder der Erde. Die Vereinigten Staaten werden nicht eher Frieden schließen, als bis dieses Ziel erreicht ist. Seder frühere Verhandlungsversuch, und dazu sei auch die Stockholmer Konferenz zu zählen, müsse mit allen Mitteln entschieden bekämpft werden. England, Frankreich und Italien hätten unter dem Druck der Sozialisten in der Pazfrage geschwankt, die Intervention Wilsons habe sie dann zur Pazverweigerung geführt.

Die wachsende Friedensströmung in den Völkern aller kriegführenden Länder kann auch ein Wilson nicht bannen. Und sie, nur sie allein, ist der einzige Weg, der uns dem Frieden näher bringt.

Die Kathedrale von St. Quentin.

Sie haben es erreicht: das Haus des heiligen Quentin stirbt den Flammenob. Was Bliz und Sturm, was die Wut so vieler Kriege und der Fanatismus wider Kirchenräuber nicht vermocht hat — die französischen Granaten haben es vollendet. Welch ein Stück Geschichte, welche eine Welt von Schönheit fällt ihnen da zum Opfer! Unlöslich verwachsen mit den niederen Massen der Häuser von St. Quentin hebr sich die Kathedrale hoch und breit, einem Gebirge gleich, aus ihnen und über sie empor, um das ganze Bild der Stadt weithin patriarchalisch zu beherrschen. Steht sie doch auf ihrem höchsten Hügel, auf dem sich schon zur Heidenzeit ein Römertempel erhob. Der lag bereits in Trümmern, als um die Mitte des 4. Jahrhunderts die Ueberreste des heiligen Quentinus an dieser Stelle beigesetzt wurden; und diese Gebeine sind es gewesen, aus denen der ganze Wunderbau der Kathedrale angewachsen ist. Schon im 9. Jahrhundert bereitete ein Sohn Karls des Großen ihnen in einer Kappe eine dauerhafte und feierliche Unterkunft. Darüber aber erhob sich bereits in karolingischen Tagen ein stattlicher Kirchenbau. Es kamen die Zeiten, wo die kirchliche Frömmigkeit hoch aufblühte und sich ihr Denkmäler lehrte in den zum Himmel emporlodenden Flammenbauten der Gotik. Da fachte auch die Demütigen vom Haupte des heiligen Quentins der Höhe, es den Städten der näheren und ferneren Nachbarschaft geistig oder gar autoritativ, und so entstand wohl schon im 12. Jahrhundert der Plan zu dem großen Neubau. Von 1200 bis 1500 — um in runden Zahlen zu irren — ist dann an der Kathedrale gebaut worden; und noch war sie nicht vollendet, als im 16. Jahrhundert die letzten Reste von den Granaten herabgetragen. Zur Freude einer reichen Schicht hat es nicht mehr gelangt, und man hat sich damit begnügen müssen, den Glockenturm der alten Kirche, ein schweres, dumpfes Bauwerk, mit der neuen Wapp zu verbinden.

So hebr nun das Haus des heiligen Quentins als das Bauwerk langer Jahrhunderte da, darin sich der Zeit veränderlicher Zeiten ausprägt und doch zu einem wunderbaren, organisch einheitlichen Ganzen verbunden hat. Wie die Kathedrale von St. Quentin heute ist — oder, wie man leider sagen muß: war — bildet sie neben der von Amiens das hervorragendste Denkmal der Gotik in der ganzen Picardie. Zwar ihr äußeres Bild aufzunehmen ist sehr schwer, wenn nicht unmöglich, weil sich, wie bereits angedeutet, auf allen Seiten die Bürgerhäuser eng an die heilige Mauer anschließen, und man muß sich damit begnügen, bei der Ummantelung der mächtigen Saumasse eine Fülle mannigfaltiger, charaktervoller Einzelheiten in sich aufzunehmen. Aber man tritt zu durch den Turm St. Michel in das Gotteshaus ein und alle Einzelheiten rücken unter in dem mächtigen geschlossenen Gesamtgedank, in der majestätischen Raumkomposition, die der gotische Formentwurf hier geschaffen hat. Wehrhaft großartig sind die Ummantelungen der Kirche, ursprünglich die Gestaltung ihres Grundrisses. Diese es durchschneidenden sind zwei Querhäuser, davon das kleinere den Chor umschließt in der Höhe durchdringt. Seitenschiffe, die unerschöpfbar schünen, streifen bis zum Chorabschluss durch, und diese ganze schwebend gegliederte Bewegung nimmt dann der Chor ruhevoll abschließend auf. Und überall, wenn man nicht Raum durchstreift, könn das Auge auf eine

würdige Denkmäler und schöne Kunstwerke. Herrliche Glasfenster glühen in mystischem Glanze auf; an den Chorranken entfaltet sich in derben Reliefs die Wundergeschichte des Heiligen, dem die Stadt Namen und Ruhm verdankt. Seinen Namen verdankte ihm auch der bekannteste Sohn St. Quentins, der große Maler Quentin La Tour, und auch sein Grabmal findet der Besucher in den Wunderhallen der Kathedrale.

Aber ein Verhängnis hat von je sie verfolgt, als ob ihr, kaum vollendet, schon der Untergang auf der Ferse war. Die Spanier kamen, sie belagerten die Stadt, der fromme Philipp hatte freudig die Schanzen der Basilika angeordnet, aber sie, die siegreichen Eroberer plünderten und nahmen an Werten mit, was ihre Hände an sich zu reißen vermochten. Doch sind es im ganzen bisher die Kriege nicht gewesen, die dem Hause des heiligen Quentins am gefährlichsten wurden, denn auch die Deutschen haben im Jahre 1870 die Kathedrale sorgsam gesichert. Gefährlicher wurden ihr schwere Naturkatastrophen, wie Blitze und Stürme; am gefährlichsten aber ist ihr die Blindheit, der Fanatismus und die Gleichgültigkeit ihrer Landsleute geworden. Ja, die Franzosen sind große Sünder an der Kathedrale von St. Quentin. Erst kamen die Aufklärer des 18. Jahrhunderts, denen die Kirche im Farbenlichte ihrer Glasfensterpracht und in der Blüte ihrer farbigen Innenausstattung nicht hell genug schien. Das Innere ließen sie überfluten und die bunten Fenster durch hübsche klare Scheiben ersetzen. Ein paar Jahrzehnte später folgten ihnen dann die Bilderstürmer der Revolution, die der Basilika unheilbare Wunden schlugen, eine Fülle von Schätzen für immer vernichtete, kostliche Bauteile entstellte oder ganz zerstört haben. Damals diente sie als Tempel der Vernunft, als Futtermagazin, als Pferdehalm und übel verlegt ging sie so ins 19. Jahrhundert ein. Und da wieder war es die Gleichgültigkeit des französischen Volkes, das schon in langen Friedensjahren den Tod des herrlichen Bauwerkes vorbereitete und beförderte. Zwar ist die Basilika 1876 amtlich in die Liste der geschichtlichen Denkmäler aufgenommen worden, aber wenig ist für ihre Pflege und Erhaltung geschehen und dies Wenige wohl schon zu spät. Wind und Wetter hat man an der mächtigen Masse rütteln, zerren, nagen lassen; eine üppige Pflanzenwelt hat sich in ihre Weiler gedrängt, in langsam stiller Arbeit das Gestein zermürbend, die Fugen lodern. Ganze Geschlechter von Vögeln haben sich in Lützen, Nischen, Wassersteinern usw. niedergelassen und dort ihr Familienleben etabliert. So zeigt die Kathedrale auf Schritt und Tritt Spuren schwersten Verfalls, und ergreifend hat der Franziskaner Pater Prof. Dreiling in seinem während des Krieges veröffentlichten Buche über das Haus des heiligen Quentins geschildert, welche beklagenswerte Bild der Verwüstung sich besonders zum Daube der Kathedrale aus hat. Was in kurzen Jahren zum Schutze dieses majestätischen Denkmals geschehen konnte, das haben die Deutschen rechtlich getan, aber gegen die französischen Granaten haben auch sie die Basilika nicht schützen können, und so geht „die große Verlassene“, wie der Volksmund schon seit Jahrzehnten das Haus des heiligen Quentins wehmützlich nennt, nun dahin.

Aus der Partei.

Um die Einheit der Arbeiterbewegung. In der „Fränkischen Tagespost“ steht sich Genosse Adolf Braun mit den Genossen auseinander, die, gestützt auf die Parteigeschichte, eine Einigung in diesem Augenblicke für verfrüht halten. Braun rühmt Bebel, Liebknecht, Luer und Singer nach, daß sie kraftvoll und unerschrocken für die Einheit der Partei wirkten, und bedauert, daß diese Tradition, wie er glaubt, aufgegeben wurde. Im übrigen macht Braun eine vorzügliche Bemerkung:

„Höchste Bewunderung muß man der disziplinierten Zurückhaltung widmen, mit der uns die Gegner der Arbeiterbewegung den Parteistreit austragen lassen. Es ist merkwürdig, daß noch niemand die Ruhe unserer Feinde während des Parteistreiches als besonders empfunden hat. Wir stehen dieser Ruhe wie einer geheimen Verhöhnung gegenüber. Es scheint im ganzen Bürgertum die Parole ausgegeben, unter keinen Umständen die Sozialdemokraten zur Beilegung kommen zu lassen, ihren Zerstückelungsprozess nicht zu stören durch Anbieten der Vorteile, die den beteiligten Parteien aus dem Streite erwachsen sollen. Fast vollständig ungeschwächt ist die Freiheit der Arbeiterbewegung heute nur auf dem Gebiete der gegenseitigen Bekämpfung. Aber die Sozialdemokraten rechts und links sind blind für diese Erscheinung, sie haben kein Verständnis für das tiefe Schweigen und für die verkehrte Freude unserer Gegner, daß wir möglichst lebhaft vor der ganzen Welt unsere nicht immer reinliche Wäsche waschen. Der Feind der Klassenbewegung, der uns früher die Stimmungen der Gegner erkennen und als Warnung gegen unsere eigenen Fehler wirken ließ, scheint heute in der Partei vertrieben zu sein. Der Krieg hat gar vieles auch bei uns zerstört! ...“

Die Elbescheider „Freie Presse“ schreibt anknüpfend an den Beschluß des Solinger Parteireins auf Wiedervereinigung: „Wir möchten nur kurz bemerken, daß wir zu der Frage eines Verhandlungsfriedens mit den Unabhängigen bei aller Würdigung der Motive unserer Solinger Parteifreunde ihren Standpunkt nicht teilen. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die rein sach-

lichen Gegenfähe derart groß sind, um eine Einigung in absehbarer Zeit auszuschließen. Die Lage der „Bergischen Arbeiterstimme“ ist zwar reichlich hochfahrend, aber in der Sache selbst stimmen wir dieses Mal den Unabhängigen zu: Es handelt sich mehr als um eine Verirrung der Führer; Scheidemann und Haase, Ebert und Ledebour, David und Bernstein können sich nicht mehr gerührt und verhöhnt um den Hals fallen. Die Meinungsgegenfähe müssen ausgekämpft werden. Aber laßt uns erst Frieden haben! Dann, wenn alle Fesseln der Zensur und des Kriegszustandes gefallen sind, werden wir über die Köpfe der jetzigen unabhängigen Führer hinweg die Massen, die jetzt uns noch nicht zustimmen, wieder auf unsere Seite bringen.“

Ernährungsfragen.

Keine fleischlosen Wochen in Sachsen.

Die Verhandlungen mit dem sächsischen Landeslebensmittelamt und den Reichsbehörden haben zu dem Ergebnis geführt, daß Sachsen keine fleischlosen Wochen einzuführen braucht.

Soziales.

Die Entwicklung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen. Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, der in diesem Jahre zum ersten Male während des Krieges wieder seine Jahresversammlung abhält, während er sich bisher auf Zusammenkünfte von Vertretern beschränkt hat, kann trotz der den Krankenkassen ungünstigen Verhältnisse auf eine erfreuliche Entwicklung zurückblicken. Am Schluß des Jahres 1915 waren ihm 19 Unterverbände mit 1007 Ortskrankenkassen angeschlossen. Unter Mitwirkung des unter Leitung unseres Genossen Landtagsabgeordneten Frähdorf in Dresden stehenden Verbandsvorstandes ist es gelungen, in weiteren vier Landesteilen — Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Braunschweig — im Laufe des Jahres 1916 Unterverbände zu errichten, so daß ihm jetzt 23 Unterverbände mit 1061 Kassen angehören. Daß die Entwicklung nicht in dem Maße wie früher vor sich geht, ist bei der immer zahlreicher werdenden Einziehung von Vorstandsmitgliedern der Kassen vom Heeresdienst kein Wunder. Am Jahresschluß 1915 waren 452 Ortskrankenkassen mit 3 794 325 Kassenmitgliedern unmittelbar Mitglieder des Hauptverbandes. Am Jahresschluß 1916 zählte der Verband 453 Ortskrankenkassen; seine Mitgliederzahl ist im Laufe des letzten Jahres von 5 000 087 auf 5 285 229 gestiegen. Im Jahre 1914 gehörten ihm freilich rund 2800 Ortskrankenkassen mit 10 1/2 Millionen Mitgliedern an. Aber man darf nicht außer acht lassen, daß infolge des Krieges die Mitgliederzahl der Ortskrankenkassen um etwa 3 Millionen gesunken ist. Immerhin vertritt der Verband auch heute noch fünf Siebtel der ortskrankenkassenpflichtigen Mitglieder. Die Jahresversammlung, die am 17. und 18. September in Dresden tagt, wird sich nicht nur mit reinen Verwaltungstechnischen und organisatorischen, sondern auch mit Fragen der Volksgesundheit befassen. Zu Referenten sind hervorragende Fachleute gewonnen. Durch die Tagesordnung beweist der Vorstand, daß er festhält an seinem Programm, wonach Krankheiten verschütten wichtiger ist als Krankheiten heilen.

Wirtschaftliches.

Die Not der Kriegsgewinner. Die Kriegsgewinner haben ihre liebe Not, ihre Reienüberschüsse unterzubringen. So entnehmen wir z. B. dem Geschäftsbericht des Stahlwerkes Reich, Lindenberg u. G. Remscheid-Haften, das naturharten Stahl herstellt, daß es im letzten Geschäftsjahre Ueberflüsse hatte, die noch weit über die hohen Durchschnittsgewinne der ersten Kriegsjahre hinausgingen. Man verteilte 25 Prozent Dividende. Aber der Gewinntopf war noch lange nicht leer. Man zahlte 100 Mk. Sondervergütung auf jede Aktie! — Aber noch immer war kein Boden im Gewinntopf zu sehen. Nun wurde gezögert. Und siehe, es befanden sich noch eine Million und zweihunderttausend Mark in dem Topfe. Aus dieser Summe wurde nun ein Fonds gebildet, aus dem die „Einzahlung auf künftig auszugebende neue Aktien und deren Kosten“ bestritten werden soll.

Wie man sieht, ist es nicht so einfach, mit den Kriegsgewinnen fertig zu werden.

Aus dem Gerichtssaal.

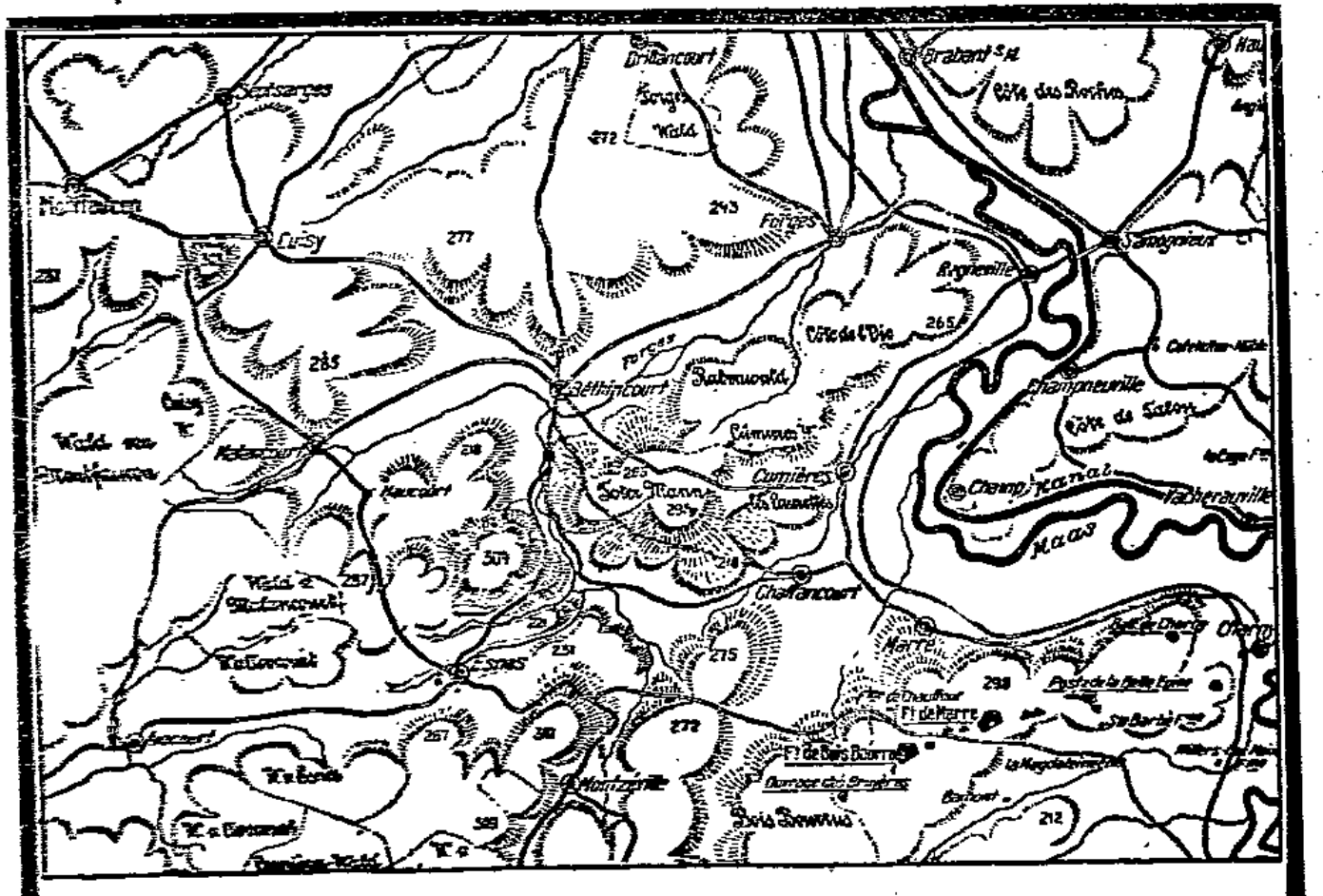
182 000 Mark Geldstrafe. Die Strafkammer in Schweinfurt verurteilte den Malzfabrikanten Seeligkeit von Oberndorf wegen Malzsteubung zu 182 000 Mark Geldstrafe oder zwei Jahren Gefängnis.

Eine Rabenmutter. Vor der Strafkammer in Eisleben hatte sich die Witwe Ida Kules aus Klostermannsdorf, die vom Jahre 1915 ab fortgesetzt ihre dreijährige Tochter Helene in schwerer Weise mißhandelt und so schlecht ernährt hat, daß diese zum Skelett abgemagert im Februar d. J. starb, zu verantworten. Sie wurde zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Kämpfe auf beiden Ufern der Maas.



Das Kampfgebiet östlich der Maas W.T.B. 4421



Das Kampfgebiet westlich der Maas W.T.B. 4420

Nachdem der französische Kampfangriff bei Verdun zum Stehen gekommen ist, haben sich die bei einem Einzug in dieser Richtung unermesslichen Anstanzverluste der Franzosen immer mehr überhöht. Es ist gelungen, weithin der Maas in den West von Verdun abzuschneiden und hier in anderer weiserer Linie Weg zu suchen; dergleichen haben sie bei Lüttich und die Maas bei Namur, welches die Regenerville einschließt, gewonnen. Unsere Stellung war dadurch auf den Flügeln eines zumgehört

worden. Die Höhe 204 dagegen und der weithin davon gelegene Fernmühlberg waren in unserer Hand geblieben. Zweifellos waren diese beiden ursprünglichen Kopflanden das Ziel der nächsten französischen Angriffe geworden, sobald dort fest Flankierungsanlagen möglich waren. Aus diesem Grunde haben wir beide Kopflanden zum Zwecke andauerlich freizumachen. Auf dem Ufer der Maas hat der Gegner, abgesehen von dem durch uns ebenfalls freizumachen Tafel-Norden nahe norderste

Rinie im Fosse-Walbe genommen, das Dorf Samogneux zum Teil erobert und an der Straße Nacherauville-Beaumont einen geringfügigen örtlichen Erfolg erzielt. Trotz dieser Anfangserfolge darf heute schon festgestellt werden, daß eine Durchbruchabsicht, wenn sie überhaupt bestanden haben sollte, als völlig aussichtslos er scheint.